

Wieder
einiges
über Bullen

Seite 2

Grüß Gott, tritt ein!
Sonderseite
für Studienanfänger

Seite 3

„Hochschulreform“ –
wie Rau und der BDI sie
sich vorstellen

Seite 5

25. 88

4. 11.

1971



10 Pf

Nr. 84

bochumer studenten zeitung
universität bochum u. klinikum essen

Wir fordern vom Staatshochbauamt:

Etagen frei für Studentenzimmer

In einem 13stöckigen Hochhaus in der Nähe der Stiepler Straße hausen seit etwa 3–4 Jahren diverse Firmen, Architektur- und Ingenieurbüros, die direkt oder indirekt alle mit der Bauplanung und -Durchführung unserer Alma mater RUB beschäftigt sind.

Konzipiert ist dieses Hochhaus als Schwesternwohnheim für das Bochumer Klinikum, über dessen Bau wohl noch einige Jahre ins Land ziehen werden.

Einige Mitglieder des ASTA haben in der letzten Woche diesem „Schwesternwohnheim“ einen Besuch abgestattet, bzw. den Versuch dazu unternommen.

Augenscheinlich war es den leitenden Herren des Staatshochbauamtes jedoch sehr unangenehm, als man die Räume der diversen Firmen einmal etwas näher unter die Lupe nehmen wollte, oder wie anders soll man die Drohung mit Hausrecht und Polizei interpretieren?

Trotz der ungünstigen Besichtigungsumstände konnte aber folgendes festgestellt werden: Einige Firmen nehmen unangemessen viel Raum ein, der deshalb überhaupt nicht richtig geputzt wird.

Zum anderen gibt es mehrere Besprechungszimmer oder ähnliche Räumlichkeiten, deren Existenz in der vorhandenen Anzahl sicherlich auch überflüssig ist.

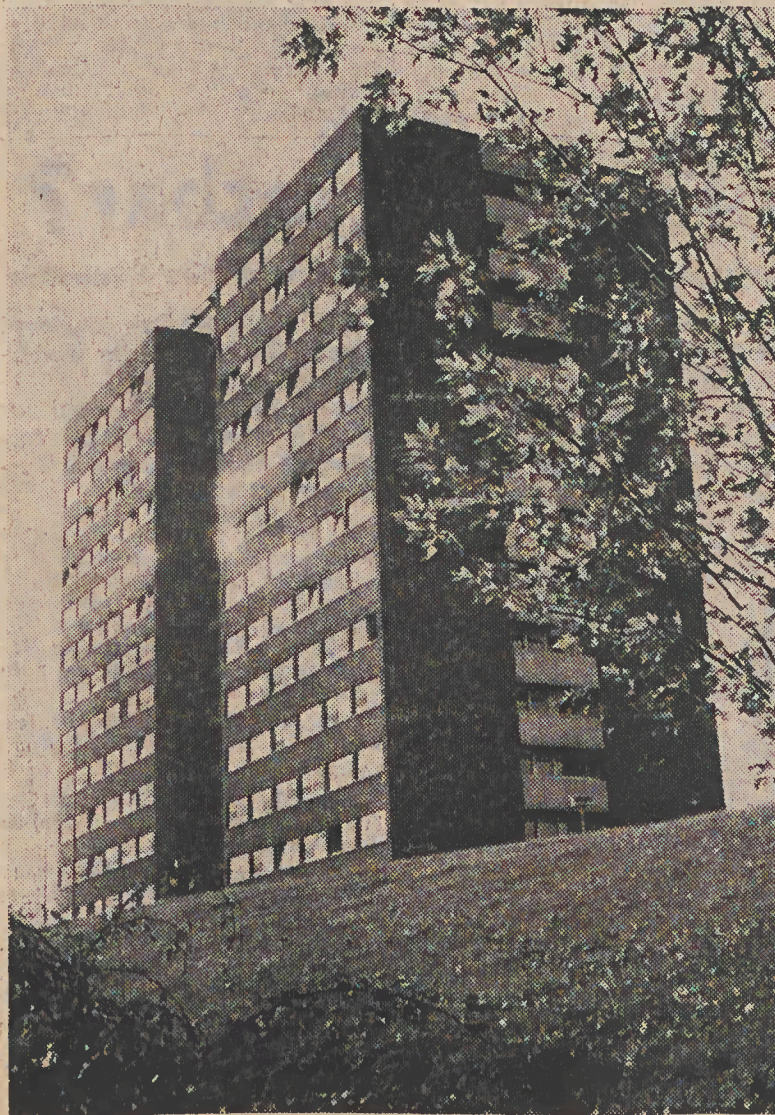
Im Einzelnen beziehen wir uns dabei konkret auf folgende Räume: Vorstandstrakt in der 12. Etage; Besprechungszimmer, 10. Stock; im 8. Stock Zi. 13, 16, 23; Räume des Architekten Lehmann, BDA; Be-



sprechungsraum 04 im 4. Stock und Besprechungsraum im 1. Stock.

Wir fordern deshalb die Universität und das Staatshochbauamt auf: Die Baracken, in denen das Staatshochbauamt vormals etabliert war, sind wieder aufzustellen. Die Räume im „Schwesternwohnheim“ sind bis zur Fertigstellung des Klinikums als Studentenzimmer zur Verfügung zu stellen.

Kurzfristig halten wir es durchaus zumutbar und realisierbar und fordern deshalb, daß man im Staatshochbauamt zusammenzieht, d. h. die Räumlichkeiten „besser nutzt“ und auf diese Weise schon mal einen großen Teil der Etagen für Studentenzimmer frei macht.



Hier gehören Studenten rein und nicht der Baustab der RUB!

Das Korsett wird zugeschnürt

Hochschulrahmengesetz wird in diesem Semester verabschiedet

Das Hochschulrahmengesetz (HSchRG), für viele fast schon ein alter Hut, wird wieder aktuell: Ende November wird es in 2. Lesung im Bundestag behandelt, die Verabschiedung ist für März vorgesehen. Die Zeitplanung ist also ähnlich wie bei der Verabschiedung des NRW-Hochschulgesetzes — die abschließende Behandlung des Gesetzes in den Semesterferien soll mögliche Unruheherde in den Hochschulen von vornherein eindämmen.

Wir geben uns nicht der Illusion hin, das Hochschulrahmengesetz durch studentische Aktionen verhindern oder grundlegend verändern zu können. Trotzdem müssen wir den Kampf gegen das HSchRG als Angelpunkt staatlicher Bildungspolitik zum Mittelpunkt unserer Arbeit machen, weil

1. noch viel zu wenigen Studenten die Bedeutung des HSchRG klar ist, insbesondere dessen Auswirkungen auf ihr Studium und die Gefährlichkeit des Angriffs auf die verfaßte Studentenschaft,

2. durch den Kampf der Studenten gegen das HSchRG die Auswirkungen dieses Gesetzes auf die gesamte Bevölkerung z. B. in der Lehrer-, Beamten- und Ärzteausbildung bewußt gemacht werden müssen.

Studienreform — zentral serviert

Das Hochschulrahmengesetz setzt nicht nur einen organisatorischen Rahmen, sondern durch die Bestimmungen über Gesamthochschule, Personalstruktur, Forschung

und insbesondere über die Studienreform wird das Studium jedes einzelnen inhaltlich konkret betroffen.

Die Einführung einer Regelstudienzeit von 6 Semestern, an die sich nur für wenige Auserwählte ein Aufbaustudium anschließt, die Verschulung der Studiengänge (keiner darf mehr lernen, als er zur beliebigen Verwertbarkeit als Fachidiot braucht), die permanente Kontrolle und der Leistungsdruck durch Prüfungen, die Lenkung in bestimmte Studiengänge durch staatliche Studienberater sichern ein

Studiensystem ab, für dessen inhaltliche Bestimmung und Dauer allein die Bedarfsanforderungen des Arbeitsmarktes ausschlaggebend sind (vgl. § 4 HSchRG).

Die Erarbeitung von Studien- und Prüfungsordnungen wird aus dem Kompetenzbereich der Hochschulen herausgenommen und in zentrale Studienreformkommissionen verlagert (§ 60 HSchRG). Durch diese Vorschrift legalisiert das Hochschulrahmengesetz die zentrale Bestimmung der Studieninhalte unter wesentlicher Einflußnahme von Industrievertretern und sonstigen „Sachverständigen“. Die Studienreformkommissionen setzen Studiengänge, Studieninhalte und Studienziele fest und erarbeiten Studien- und Prüfungsordnungen, die von den Hochschulen übernommen werden müssen: Bei Weigerung der Hochschulen hat das Ministerium „Anordnungsbefugnis“.

Einen Vorgeschmack von der Studienreform, die wir zu erwarten haben, hat uns der Besuch des Wissenschaftsrats im Sommer bereits vermittelt.

Auch die durchaus positiven Stellungnahmen von Industrieverbänden zum HSchRG sorgen für klare Fronten.

Flankierungsmaßnahmen

Diese Konzeption der zentral diktierten Studienreform wird begleitet von organisatorischen Maßnahmen, die ihre möglichst reibungslose Durchsetzung garantieren sollen. Die Hochschulen dürfen sich zwar selbstverwalten, und die Studenten sollen an der Selbstverwaltung auch beteiligt sein. Doch der Sinn der Selbstverwaltungsgremien wird pervertiert durch die Tatsache, daß die Grundsatzentscheidungen über den Lehr- und Forschungsbetrieb nicht mehr in der Hochschule fallen. Die Arbeit der Selbstverwaltungsgremien reduziert sich damit auf die Ausgestaltung und Umsetzung von auf höherer Ebene bereits gefällten Entscheidungen.

Das Gesetz gibt den Ländern die Möglichkeit, die verfaßte Studentenschaft — ASTA und Fachschaften — aufzulösen. Dadurch soll verhindert werden, daß der Hochschulreformierung aktiver Widerstand entgegenzusetzen wird. Denn diese demokratisch legitimierte, unabhängigen Kampfinstrumente der Studentenschaft sind eine latente Gefahr für die Politik der Herrschenden. Deshalb soll die Interessenvertretung der Studenten reduziert werden auf die Mitarbeit in den Universitätsgremien.

Die Reform marschiert ...

Dies alles ist nicht nur Zukunftsmusik. Die Verwirklichung der Bestimmungen des HSchRG ist schon vorweggenommen durch die Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft in Berlin, durch den NRW-Entwurf eines Gesamthochschulrahmengesetzes. Auch die zentrale Studienreform wird schon in Angriff genommen: Westdeutsche Rektorenkonferenz und Kultusministerkonferenz haben ein Instrumentarium zur Erarbeitung zentraler Studien- und Prüfungsordnungen entwickelt, in NRW berät der „Beirat für die Studienreform“ den Wissenschaftsminister gegenwärtig über die Zielkonzeption und Aufgabenstellung von Studienreformkommissionen nach § 60 HSchRG.

Dem Ziel des Kapitals, die Hochschulen seinen Verwertungsbedingungen zu unterwerfen, zu dem das HSchRG einen wesentlichen Beitrag leistet, kann auf zentraler Ebene kaum wirksam begegnet werden. Auf der Ebene der staatlichen Studienreformkommissionen und ähnlicher Institutionen sind die Interessen der Kapitalisten am stärksten konkretisiert und bürokratisch abgesichert und machen so studentischen Einfluß unmöglich.

Fortsetzung auf Seite 4

Polit-Polizei an der RUB

Der Schleier um die Tätigkeit der politischen Polizei (14. Kommissariat) an der RUB scheint sich zu lichten. „Ist dem Rektorat oder einer Verwaltungsstelle der RUB etwas von einer Zusammenarbeit einer Universitätsstelle mit der Politischen Polizei bekannt? Hat eine Universitätsstelle Adressen von Studenten an das 14. K. weitergeleitet? Sind Herr Steuermann und Herr Vogl (Universitätsreferent für Hausverwaltung) im Auftrag einer Universitätsdienststelle bei studentischen Demonstrationen anwesend? Ist Herr Steuermann offizieller Vertreter der Universität für das 14. K.? Warum werden studentische Verkehrsunfälle auf dem Unigelände vom 14. K. behandelt und nicht von dem zuständigen Kommissariat?“



Diese Fragen muß das Rektorat in diesen Tagen beantworten; die ausführliche Unterrichtung des UP hierüber wird wohl eine kleine Sensation werden!!!

Denn: Dem weiteramtierenden Rektor der RUB Faillard sind keine Kontakte der Universität zum 14. K. bekannt! — so sagt er zumindest. Herr Faillard sieht keine Anhaltspunkte für Popo-Spitzeltätigkeit an der RUB; er hielte es „nicht für gut“, wenn jemand von der Universität für das 14. K. arbeite, und für „unzulässig“, wenn dieses seine Funktionen überschreiten.“

Ist der Rektor wirklich so blind,



oder will er nicht sehen???

Denn wie kommt es, daß der Hauptausschuß dem Rektorat diese Fragen stellt? Wie kommt es, daß andere Universitätsstellen erklären, „offiziell“ dürfe keiner eine Auskunft geben, aber man wisse nicht, ob nicht jemand inoffiziell ...?

Wie kommt es, daß das 14. K. den „Verwaltungsangestellten“ Steuermann unter Umgehung des Dienstweges direkt fragt und dieser den Popos Auskünfte über Studenten



erteilt, die weit über eine Adressenangabe hinausgehen? (Dieser Vorfall ist aktenkundig!)

Und von all diesen Beispielen und Rechtswidrigkeiten will Herr Faillard 2 Jahre lang nichts mitbekommen haben. Armer Rektor!

Diese Tips werden ihm vielleicht helfen, sich um einen ehrlichen Rektorratsbeschluß über das 14. K. zu kümmern.



... direkter Draht zum 14. K.

Das Elend der Wohnungssituation oder die Wohnsituation des Elends

Die Lage im Wohnungsbereich spitzt sich zu. Vor allem für Erstsemester ist die Situation sehr problematisch, da für sie erst jetzt das Semester begonnen hat und viele von ihnen auch erst jetzt mit der Suche nach einem Zimmer beginnen. So kommen viele Studenten, die buchstäblich auf der Straße stehen, bzw. notdürftig bei Bekannten wohnen oder jeden Tag von z. B. Duisburg oder noch weiter her nach Bochum fahren müssen, täglich in die Zimmervermittlung des Studentenwerks, die aber in vielen Fällen einfach nicht helfen kann, weil das Zimmer-Angebot weit unter der Nachfrage liegt. Über den „normalen“ Wohnungs- bzw. Zimmermarkt kann also das Problem nicht gelöst werden.

Der ASTA und das Studentenwerk haben deshalb nach weiteren, zumindest kurzfristigen Lösungsmöglichkeiten gesucht:

Barackendörfer

Wie in einer früheren Ausgabe der BSZ schon berichtet, haben wir in einem Brief an Rau die Landesregierung aufgefordert, kurzfristig 1000 Wohnplätze in Fertigbauweise in der Nähe der Universität (geeignetes Grundstück vorhanden) zu schaffen.

Diese Forderung wurde von den ASTen aller Hochschulen des Landes NRW aufgegriffen und zu einem von den Sozialreferenten gemeinsam verfaßten Brief an Rau zum Ausdruck gebracht. Rau hielt es jedoch anscheinend nicht für nötig, anders auf die Vorschläge der Sozialreferenten zu reagieren als durch eine Presseerklärung, in der er auf den in NRW vorgesehenen verstärkten Wohnheimbau in den nächsten Jahren verwies. Was mit den 15 000 Studenten geschieht, die im nächsten Semester in NRW kein Zimmer haben werden, hat er dabei nicht verraten.

Noch mehrere Male haben die Sozialreferenten NRW versucht, mit dem Minister ein Gespräch zu vereinbaren oder zumindest eine schriftliche Stellungnahme zu erhalten, die telefonisch auch versprochen wurde. Was aber kam, war das große Schweigen. Angesichts dieser Haltung der Landesregierung haben die Sozial-

referenten des Landes NRW folgende Presseerklärung verfaßt:

Presseerklärung vom 26. Oktober 1971

Die Sozialreferenten der ASTen an den Hochschulen des Landes NRW protestieren auf das schärfste gegen den Versuch der NRW-Landesregierung, die studentische Wohnungsnot an den Hochschulorten zum Semesterbeginn zu ignorieren. Die Sozialreferenten bedauern das

fehlende Interesse des Wissenschaftsministers Rau, die Wohnproblematik und Möglichkeiten der Lösung gemeinsam mit Vertretern der Studentenschaft zu diskutieren.

Die Sozialreferenten werten die fehlende Bereitschaft des Landes, konkrete Maßnahmen zur Lösung dieses Problems zu erörtern und durchzuführen, als Mißachtung von tausenden Studenten, die ohne Wohnung sein werden, als klaren Fortsetzung auf Seite 6

Letzter Termin für DSKV-Befreiung: 12. Nov. 1971

Vorzulegen:

1. Bescheinigung über Versicherung bei einer gesetzlichen Krankenkasse.

2. Formloser Befreiungsantrag.

3. 111,— DM-Beleg.

Öffnungszeiten DSKV:
Mo. bis Fr. 10 bis 16 Uhr
(Baracke 8 hinter der alten Mensa)

USA-Flüge ab DM 495,—

Camp-Councilor in USA DM 190,—
(Anmeldeschluß 1. Dezember 1971)

Silvesterreisen nach Prag und Paris

Skireisen nach Italien, Deutschland, Österreich
und Schweiz

Sonderangebot bis 20. Dezember 1971:

7 Tage Moskau DM 385,—

Studenten-Reisedienst Bochum

463 Bochum, Lennershofstraße 66
(hinter der alten Mensa, Baracke 9) Tel. 71 39 80

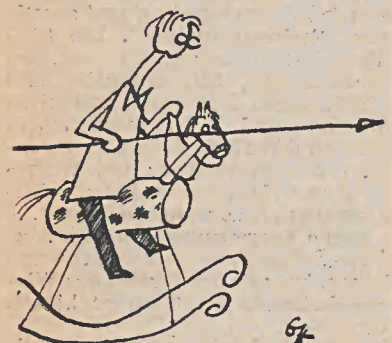
Wenn er doch nur tot wäre

Der Spiegel, die FAZ, die Zeit, Bild, dpa — alle, alle wußten es ganz genau: Mao-Tsetung ist tot, oder zumindest fast, China ist von inneren Machtkämpfen zerrissen; 'China-Experten' stellten ihre neuesten „wissenschaftlichen“ Horoskope zur Schau; alles in allem bewies die bürgerliche Öffentlichkeits-Maschinerie wieder einmal, wie Tatsachen verdreht und unterschlagen werden können.

Zu den Fakten:

1) Die Parade zum 1. Oktober in Peking wurde abgesagt: Diese Absage wurde vom Peking Außenministerium ausführlich begründet. Es handele sich um ein Überbleibsel aus der alten Gesellschaftsordnung, das dem Volk nichts nütze und es sei wichtiger, aus der Geschichte der Volksrepublik zu lernen, als sie mit Paraden zu feiern.

Doch die bürgerlichen Sternruker, die sich selbst als „Wissenschaftler“ bezeichnen, lassen sich natürlich nicht hinter Licht führen, schon gar nicht von Kommunisten. Für sie lag der Fall klar: Mao-Tsetung, der während der Parade vier Stunden auf der Tribüne stehen mußte, kann sich nicht mehr so lange auf den Beinen halten, er ist also halb tot. Das gleiche passierte diesen Oraklern 1965 bei eben der gleichen Gelegenheit schon einmal, doch sie stört's nicht. Es handelt sich bereits um die fünfte „ernsthafte Todesmeldung“ zu Mao-Tsetung, doch immer wieder stieg er aus dem Grab.



Mehmert gegen Mao

2. Das zweite Glied in der unwiderlegbaren Beweiskette: Eine Reise amerikanischer Mediziner, unter ihnen zwei bekannte Herzspezialisten, in die VR China. Die Reise war seit Monaten geplant, und die Ärzte

versicherten, Mao-Tsetung nicht gesehen zu haben, weder lebend noch tot. Doch was soll's, wenn zwei Herzspezialisten in die VR reisen, dann kann Mao nur herzkrank sein.

Und dann: Machtkämpfe

Ober-Orakler Klaus Mehnert weiß auch schon ganz genau, wer gegen wen kämpft: Tschou En-Lai, Vertreter von „Ruhe und Ordnung“, gegen die fanatisierte Kulturrevolutionärin Tschiang Tsching. Woher er das weiß? Für drei Tage wurde der Luftraum über Peking für den Flugverkehr gesperrt und Tschou En-Lai empfing keine Besucher mehr.

Daß in dieser Zeit mehr als 3000 Delegierte zum Volkskongreß nach Peking reisten und Tschou eben für diesen Kongreß mit Vorbereitungsarbeiten beschäftigt war, Mehnert und seine Nachplapperer kümmert's nicht.

4. Für die Machtkämpfe in der VR gab's noch mehr „Beweise“: Der Urlaub für alle Angehörigen der Volksarmee wurde gesperrt, die Bilder Maos waren von den Straßen verschwunden, das Studium seiner Schriften per Rundfunk war eingestellt worden etc. etc. ...

Peinlich nur, daß Werner Simon, Peking-Korrespondent der Deutschen Presse-Agentur, das alles nicht bestätigen konnte. In Peking war von all dem nichts zu bemerken, nur die China-Astrologen wußten alles besser.

Die Abhaltung des Volkskongresses und die Absage der Paraden bewiesen, allen „Analysen“ zum Trotz, die Festigung der Diktatur des Proletariats durch die Kulturrevolution.

Welchen Grund hatte nun aber die konzentrierte Verleumdungskaktion der „Wissenschaftler“ und der Massenmedien in aller Welt? Er liegt auf der Hand: Die Erfolge

3. Nachdem also die „Experten“ bewiesen haben, daß Mao-Tsetung todkrank ist, schließen sie — wie kann's auch anders sein, wenn ein großer kommunistischer Führer stirbt — auf innere Machtkämpfe.

eines Volkes unter Führung einer kommunistischen Partei müssen den Reaktionären in aller Welt ein Dorn im Auge sein. Mit ihren Verleumdungskampagnen wollen sie „beweisen“, daß China ein genauso korrupter Staat ist wie jeder andere, Politik ist eben immer Machtpolitik.

Zum anderen entsprechen diese „Analysen“ dem Wunschenken der Imperialisten und ihrer Lakaien. „Bild“ drückte es trefflich aus: „Wenn Mao tot ist, ändert sich China — ändert sich China, ändert sich die Welt.“

Hier zeigt sich deutlich, wie sich bürgerlicher und marxistisch-leninistischer Standpunkt unterscheiden. Für Kommunisten „ist das Volk und nur das Volk die Triebkraft, die die Weltgeschichte macht“ (Mao-Tsetung), für die Imperialisten aber machen die Weltgeschichte nur einzelne „Helden“, denen es gelingt, das Volk, das sie „Pöbel“ oder „Mob“ nennen, zu bändigen und zu beherrschen. Mao hat ihrer Meinung nach den „chinesischen Pöbel“ auf den Weg zum Sozialismus gezwungen, ist er aber tot, so hoffen sie, wird ein anderer Held kommen, der den „Mob“ wieder zum Kapitalismus führt — für wahr eine echte Kraftspritze für das angeschlagene kapitalistische Lager.

Das chinesische Volk war es, das unter Mao-Tsetungs Führung die Revolution zum Sieg führte, und das jetzt den Sozialismus aufbaut. Warum sollte es also aufhören, gegen Imperialismus und Revisionismus zu kämpfen, wenn einer seiner Führer stirbt.

Gruppe Internationalismus dolmetscht:

Spanische Kollegen informieren ihre deutschen Kollegen

Der Tag der Abrechnung naht!

Seit nunmehr 32 Jahren leben die Völker Spaniens unter dem Joch des Franco-Faschismus. Das spanische Volk hätte mit diesem Verbrecher-Regime schon längst Schluß gemacht, wenn nicht ausländische Imperialisten, früher Hitler und Mussolini, heute Nixon und Brandt, Francos wackelnden Thron massiv abstützten. Eine besonders üble Rolle spielt dabei Willy Brandt, der vor 1939 als Journalist auf Seiten der spanischen Republik tätig war. Heute steht Brandt auf der Seite Francos gegen das spanische Volk! Heute interessiert Brandt an Spanien nur noch, wie er seinen Herren, den deutschen Kapitalisten, Investitionsmöglichkeiten in Spanien und „Gastarbeiter“ beschaffen kann. Zwar hält sich Willy bei den Kontakten „fein“ im Hintergrund — aber wer ist verantwortlich, wenn z. B. noch vor wenigen Tagen Außenminister Scheel sich im Schwarzwald mit Francos Außenminister López Bravo traf — und das zur gleichen Zeit, als in Spanien die Arbeiter gegen das faschistische Regime auf die Straße gingen? Wahrhaftig: Willy Brandt hat sich seinen Friedens-Nobelpreis „redlich“ verdient.

Aber der Tag der Abrechnung naht! Eine revolutionäre Massenbewegung entwickelt sich. Die letzten Daten dieser Bewegung sind:

1. Der Bauarbeiterstreik

Am 13. September begann auf den Madrider Baustellen ein Massenstreik, der schließlich 70 000 Arbeiter erfaßte. Francos Polizei geriet in Panik. Während Brandt und Scheel von „Liberalisierungstendenzen“ in Spanien schwätzen, erschossen die Franco-Bullen den Bauarbeiter Pedro Patino, und zwar so: Pedro Patino und weitere Kollegen hatten Flugblätter verteilt. Die Polizei zwang sie mit Maschinengewehren im Nacken, alle Flugblätter, die am Boden lagen, einzeln aufzuheben. Pedro Patino wollte gegen diese Demütigung protestieren. Kaltblütig knallten ihn die faschistischen Verbrecher ab: aus einem halben Meter Abstand in den Rücken! Das gesamte Volk von Madrid erhob sich wie ein Mann gegen dieses Verbrechen. Eine Welle von Streiks und Demonstrationen war seine Antwort. Das war wieder das Madrid, das im Bürgerkrieg drei Jahre heldenhaft den überlegenen ausgerüsteten Franco-Banden trotzte! Und das war nur der Anfang!!

2. Der Bergarbeiterstreik

Von den Madrider Bauarbeitern griff die Bewegung auf die asturischen Bergbauarbeiter über. Es begann am 2. Oktober: bald standen 9000 Kumpel im Streik. Es ging um eine Anhebung der Hungerlöhne und um die 40-Stunden-Woche, — aber wie überall in Spanien war bald die Losung „Nieder mit Francos Mörderregime!“

3. Der Automobilarbeiterstreik

Den bisherigen Höhepunkt bildet der Streik der Arbeiter der SEAT (abhangig von FIAT) in Barcelona. Am 18. Oktober ist in der Fabrik SEAT erneut Blut geflossen: Die Arbeiter von SEAT streikten: sie erklärten sich solidarisch mit 20 im Sommer willkürlich entlassenen Kollegen und forderten ihre Wiedereinstellung. Die Direktion rief die bewaffnete Polizei zur Hilfe, um die Arbeiter aus der Fabrik zu vertreiben. Die faschistische Polizei wandte ihre klassischen mörderischen Methoden an und eröffnete das Feuer gegen die Arbeiter. Fünf Stunden brauchten die bezahlten Mörder von der Polizei, um die Fabrik zu räumen. Unsere Kollegen von SEAT verteidigten sich mit Schraubenschlüsseln, Eisenstücken, Steinen und Molotow-Cocktails. Drei Arbeiter wurden von den Schüssen verletzt, einer von ihnen verstarb inzwischen. Diese Schlacht zeigt, wie revolutionär die spanische Arbeiterklasse ist, und daß sie in der Lage ist, sich den bewaffneten Unterdrückern entgegenzustellen.

Hier in Deutschland: Drei Anklagen gegen Opel!

Nicht nur daheim werden unsere spanischen Kollegen wild unterdrückt. Der Kapitalismus ist im Westen überall derselbe: ob er nun, wie in Spanien, offen sein terroristisches Gesicht zeigt, oder wie bei uns, ein „demokratisches“ Mäntelchen umhängt hat.

Opel schlägt unsere spanischen Kollegen am härtesten — wir alle sind gemeint!

1. Massenentlassungen. Seit September werden ablaufende Verträge spanischer Kollegen nicht mehr verlängert — außerdem gibt es bereits Entlassungen trotz noch laufender Verträge! Insgesamt stehen bereits ca. 200 Kollegen auf der Straße! In Spanien wurden sie durch Versprechen goldener Berge in unser „Wirtschaftswunderland“ gelockt. Hier durften sie sich totschuften — und jetzt schmeißt man sie raus, tausende Kilometer von zu Hause entfernt, und zu Hause — da wartet Massenarbeitslosigkeit und Francos Mörderpolizei.

Aber auch für uns ist das ein Warnsignal! „Mit den Ausländern fängt es an — dann bald auch die Deutschen dran!“

2. Vertragsbruch und Lohnraub. Ungefähr 200 spanische Kollegen wurden in Spanien geworben, wobei ihnen 6 DM Stundenlohn vertraglich zugesichert wurden. Hier schauten sie auf ihren Lohnstreifen — und sahen nur 5,80 DM! Dieser of-

Während der ganzen vergangenen Woche stand Barcelona im Streik und in Demonstrationen, in der Stadtmitte und in den Arbeitervierteln. Am 23. fand eine Demonstration statt von vielen Arbeitern und Studenten gegen die Mörder der Polizei. Sie riefen die Losungen „FRANCO-MÖRDNER; YANKEES RAUS AUS SPANIER; WEDER FRANCO NOCH KÖNIG, EINE FÖDERATIVE VOLKSREPUBLIK“.

In den Demonstrationen der vergangenen Woche wurden Demonstranten verletzt und eine nicht genau feststehende Zahl von Polizisten. Eine Filiale der SEAT in einem Arbeiterviertel von Barcelona wurde mit Molotow-Cocktails zerstört.

Inzwischen haben die Faschisten die entlassenen Kollegen vor ein Militärgericht gestellt. Sie drohen außerdem allen Arbeitern damit! Damit geben sie nur zu, was wir schon wissen: daß kapitalistische Fabriken Kasernen und Zuchthäuser sind.

DER KAMPF GEHT WEITER.

feine Vertragsbruch zeigt klar, wofür Paragraphen den Kapitalisten dienen: die Arbeiter sollen sich daran halten, die Kapitalisten fühlen sich keineswegs daran gebunden. 3. Wohnverhältnisse. Hier genügen einfache Zahlen: 4 spanische Kollegen wohnen in einem Zimmer von 12 Quadratmetern. Jeder muß dafür 40 Mark zahlen, was insgesamt 160 Mark ausmacht! Außerdem fehlen die notwendigsten Dinge wie z. B. Kühlschränke — obwohl sie schon im Sommer hoch und heilig versprochen wurden. Das Versprechen wurde nicht gehalten — wenn unsere Kollegen aber Behälter mit Lebensmitteln zum Kühlen ins Fenster stellen, droht man ihnen mit Rausschmiß ... Die Post bekommen sie mit großer Verspätung zugestellt, auch wenn es sich um Eilbriefe oder Telegramme handelt. Natürlich kann das keinesfalls daran liegen, daß jemand anderer sie vorher liest, denn wir leben ja bekanntlich in einer Demokratie, und das Postgeheimnis ist bei uns heilig. ...

UNTERSTÜTZEN WIR UNSERE SPANISCHEN KOLLEGEN BEIM KAMPF FÜR IHRE GERECHTEN FORDERUNGEN! SOLIDARITÄT MIT DEN SPANISCHEN KLASSENBRÜDERN IN IHREM KAMPF GEGEN DEN FRANCO-FASCHISMUS, DEN US-UND WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!

Reifen-Dornhardt
Reifenfachhändler
Runderneuerungs-
und Vulkanisierbetrieb
Deta-Batterie-lager
Sonderpreise f. Uni-Angehörige
463 Bochum · Wittener Str. 449
Fernruf 550368
gegenüber Opel-Eingang I

Flankenschutz?

„Flankenschutz“ ist das Stichwort für den Plan des Pentagon, nach Vietnam nun auch Kambodscha der militäristischen Kontrolle der Imperialisten zu unterwerfen. Diese Kontrolle soll durchgeführt werden mit Hilfe verstärkter Dollar-Zuschüsse für den Aufbau der kambodschanischen Armee („zur Abwehr“ der kommunistischen Gefahr) und durch die Einteilung des Landes in acht „Pazifizierungs“-Zonen.

Klammheimlich und „inoffiziell“ wurde bereits das militäristische Personal der Botschaft verstärkt. Ein Brigadegeneral der imperialistischen US-Armee hat zusammen mit einem militäristischen Stab dort bereits seine Zelte aufgeschlagen.

Mit finanzieller Unterstützung der USA soll die kambodschanische Armee bis 1972 auf 300 000 Mann verstärkt werden (heute: 180 000).

Das all diese Bestrebungen zum Scheitern verurteilt sind, wird in Vietnam tagtäglich bewiesen.

Allen Anstrengungen der US-Imperialisten und ihrer Lakaien zum Trotz wird das kambodschanische Volk in seinem Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung siegen.

Ingo von Münch
VÖLKERRECHT
in programmierter Form
de Gruyter Lehrbuch 1971
445 Seiten, DM 29,80
Nach Hermann Dilcher hat jetzt auch Ingo von Münch ein Lehrbuch in programmierter Form vorgelegt: zwar nicht so perfektioniert wie bei Dilcher, enthält das Buch die wichtigsten Grundzüge des Völkerrechts in Lern-Elementen mit Wechsel von Information, Beispiel, Frage und Antwort. Insgesamt eine zwar etwas teure, aber ausreichende Behandlung dieses Rechtsgebiets (vor allem, wenn im WS die Vorlesung nur 2stündig ist).

Witz?

Anläßlich einer Gelegenheit trafen sich Breschnew und Tschou En-Lai und kommen ins Gespräch. Meint Breschnew: „Wir als Marxisten gehen doch vom Klassenstandpunkt aus. Und da muß eines bedacht werden: Du, Tschou En-Lai, stammst aus einer Familie von hohen Mandarinern, ich dagegen bin Nachfahre einer Arbeiterfamilie.“ Antwortet Tschou: „Tja, wir haben eben beide unsere Klasse verraten.“

Rechtsberatung
im Auftrag des Vorstands
der Studentenschaft
(im Rahmen des Art. 1, § 3
Ziff. 1 RBERG)
Ort: Baracke 1, Zimmer 17
(vor der alten Mensa)
Zeit: Mo. u. Do., 12.30 - 14.00
Lutz Eisel: Hilfe in Rechtsfragen aller Art

Aktion 218
Informationsstand im
Ruhrpark-Einkaufszentrum
am Sa. 6. 11.

Gott vergibt - die Bullen nie

Bei uns ...

Wer tief in seiner Seele das Verlangen spürt, durchs Hessenland zu reisen, der sollte eiskalte Nerven haben. Der muß es mit einem Lächeln hinnehmen, wenn bei einer Verkehrskontrolle sich zwölf Maschinepistolen auf ihn richten.

Und wenn man ihn für einen Autodieb hält oder er vielleicht sogar einer ist, dann mag er sich vorbereiten für den Stiefelhügel, denn: **Django geistert durch die Bullenhirne.**

Bei routinemäßigen Verkehrskontrollen werden die Bullen mit Maschinepistolen ausgerüstet, ebenso bei der Suche nach gestohlenen Autos. Und als sie am Mittwoch vergangener Woche mit über hundert Mann das Dietrich-Bonhoeffer-Studentenheim in Frankfurt umstellten und besetzten, in dieser Nacht- und Nebelaktion Studenten und Studentinnen aus den Betten schmissen, als sie das ganze Haus von oben bis unten durchwühlten, da waren sie auch schon schwerbewaffnet.

Wir warten mit Sehnsucht auf den Einsatz ihrer Handgranaten und Panzerwagen, auf die Jagd eines Autodiebes mit Maschinepistolen quer über die Kortumstraße.

... und in Südafrika

In Südafrika hat die faschistische Polizei wieder einmal zugeschlagen. In einer Nacht- und Nebel-Aktion durchsuchten die uniformierten Terroristen in sieben Städten Südafrikas in einer breitangelegten Aktion gegen „subversive Organisationen“ die Wohnungen von über 50 Dozenten, Geistlichen und Studenten, die im Morgengrauen aus dem Schlaf gerissen wurden.

Die Polizei suchte besonders nach Schreibmaschinen und Vervielfältigungsapparaten, mit denen Flugblätter gegen das faschistische Regime in Südafrika hergestellt worden waren. Schriftsteller und Journalisten gehörten auch zu den Opfern der Terroraktion. Eine „nicht bekannte Anzahl“ von Personen wurde festgenommen und verhört.

Wieder einmal erweist sich das weiße Minderheitenregime, allen Lippenbekenntnissen zur „Demokratie“ zum Trotz, als brutaler faschistischer Machtapparat. Anerkennung ist ihnen gewiß; ihre „Geistesbrüder“, die amerikanischen und britischen Imperialisten, unterstützen die Herrschenden in Südafrika mit großen Waffenlieferungen.

Gleich zu gleich gesellt sich gern.



Das Lob unserer Polizei ...

... in der letzten BSZ schien für einige Leute vielleicht aus dem hohlen Bauch gegriffen oder allenfalls ein Hirngespinnst irgendwelcher linksradikalen Terroristen zu sein. Eben jener Terroristen, die zu jagen unser Innenminister Genscher der Bevölkerung so nah ans Herz gelegt hat. So sei auch uns erlaubt, die Reihe der Opfer zu erweitern um ein paar besonders prächtige Exemplare.

Da gibt es zunächst jene Terroristen

— die Jahr für Jahr hunderten von Menschen auf den Straßen der westlichen Welt ermorden, weil sie sich aus Profitinteressen weigern, schon seit 10 Jahren vorhandene Sicherheitslenksäulen in die Autos einzubauen,

— die die Männer im blauen Anzug bei Opel ihr Leben lang bei über 40 Grad Celsius und 70 Prozent Luftfeuchtigkeit am Band degenerieren lassen, die uns in ihrem Industriemüll ertränken, weil die Be-

seitigung des Mülls ihnen zu teuer wäre,

— die uns mit ihren Mieten und Grundstückspreisen das Wohnen verwehren.

Mögen wir sie jagen und ihnen das Handwerk legen!

Und was ist jener Prof., der sich im letzten Augenblick — aus welchen Gründen auch immer — gegen eine Prüfungsordnung sperrt, auf die seit Semestern schon zig Studenten hin studieren, anderes als ein Terrorist. Sollen wir den auch jagen, Herr Genscher?

Auf dann, Halali!

Razzia an der Ruhr

Die über 100 anwesenden Studenten beim Tribunal gegen den Polizeiterror, zu dem der KSB/ML aufgerufen hatte, verabschiedeten dort eine Resolution, aus der nachstehend einige Auszüge aufgeführt werden.

Die auf dem Tribunal am 21. 10. 1971 zur Ruhrgebietsrazzia „Ruhrschiene“ versammelten Studenten verurteilen aufs schärfste die Willkürmaßnahmen eines Polizeiapparates, der im Auftrag der herrschenden Klasse eine Notstandsübung zur Einschüchterung der arbeitenden Bevölkerung im Ruhrgebiet durchführte.

Die Versammelten sehen in der Aktion ein weiteres Anzeichen der zunehmenden Faschisierung dieser Gesellschaft. Die Remilitarisierung, das Verbot der KPD, die Verabschiedung der Notstandsgesetze, die Ausstattung der Polizei mit schweren Waffen, der Ausbau der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes zur Bürgerkriegsarmee, das Verbot des SDS Heidelberg und die gerade in letzter Zeit zunehmende Verbotshetze gegen „mao-

istische“ Gruppen, vor allem die KPD/ML und andere revolutionäre Organisationen, zeigen, daß die herrschende Klasse darangeht, notfalls auch mit offen terroristischen Methoden kommunistische Organisationen zu zerschlagen. ...

Die auf dem Tribunal versammelten geben ihrer Entschlossenheit Ausdruck, alles in ihrer Kraft stehende zu tun, um die Spaltung der revolutionären Bewegung zu überwinden und umso stärker die Faschisierung zu bekämpfen. Sie wissen, daß im imperialistischen Stadium des Kapitalismus die Alternative steht: Sozialismus oder Barbarei! Deshalb:

Weg mit der Verbotshetze! Kampf der Polizeiwillkür! Gegen die Illegalisierung aller revolutionären Organisationen!

Die Versammelten fordern alle revolutionären Kräfte auf, sich mit der KPD/ML, der Roten Garde und dem KSB/ML im Kampf gegen die Monopolbourgeoisie zu solidarisieren! Die Versammelten werden die Gründung eines Komitees „Kampf gegen Polizeiwillkür und Illegalisierungshetze“ unterstützen!

Geheimpolizei vertretbar?

BSZ-Interview mit Hans Faillard über seine Reise in das „demokratische“ Südkorea

Der Zufall wollte es, daß kurze Zeit nach dem brutalen Auftreten südkoreanischer Geheimpolizei auf einer „Sport“-Veranstaltung in Bochum (vgl. BSZ Nr. 82, s. auch BSZ Nr. 83) der weiteramtierende Rektor der RUB, Hans Faillard, eine Dienstreise nach Seoul antrat. In einem langen (hier auf das inhaltlichste verkürzten) BSZ-Interview äußerte sich Faillard zur Wertfreiheit seiner Reise, den demokratischen Wahlen dieses Jahres (à la van Thieu!), zur Verhältnismäßigkeit einer Militärdiktatur (gerechtfertigt) und zur moralischen Verurteilung von Terror — von rechts und von links. Bei Hans Faillard ist eben die Welt noch in Ordnung.

BSZ: Haben Sie mit Ihrer Südkorea-Reise nicht ein fast-faschistisches Land besucht?

Faillard: Ich bin zur Asiatischen Universitätskonferenz nach Seoul gefahren.

BSZ: Betrachteten Sie Ihren Besuch dort als wertfrei, d. h. losgelöst von den gesellschaftlichen Verhältnissen?

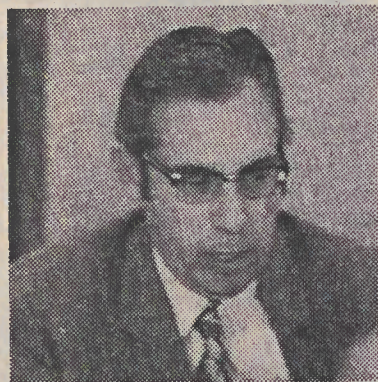
Faillard: Es drehte sich darum, im asiatischen Raum die Vorstellungen über den Standort und die Mitbestimmung an Universitäten zu vertreten.

BSZ: War es Ihnen gleich, ob diese Konferenz in Japan oder Korea stattfindet?

Faillard: Jawohl, ich wäre auch nach Moskau gefahren. ...

Südkorea steht unter ständiger Bedrohung Nordkoreas, es ist das einzige Land der freien Welt, wo man drei Jahre lang unter kommunistischem Einfluß gelebt hat.

BSZ: Halten Sie die Verhältnisse in Südkorea nicht für nahezu faschistisch?



Faillard: Südkorea hat um seine Existenz zu kämpfen, gegen die Infiltration aus dem Norden. Es hat eine demokratisch gewählte Regierung; ... es braucht allerdings mehr Mitwirkungsrechte für die Studenten! Ich halte es für gerechtfertigt, wenn ein Land sein System verteidigt. Allerdings ist die Auswahl der Mittel, z. B. die Art der Polizeieinsätze gegen Studenten,

nicht legitim; ... ich habe selbst Tränengas mit abbekommen.

Südkorea hat den Kommunismus mit all seinem Terror 3 Jahre lang erlebt. Die Verhältnisse sind für das Land adäquat; für unser Demokratieverständnis sind sie noch vertretbar.

BSZ: Sind Sie informiert über die Auswüchse der südkoreanischen Geheimpolizei in Europa?

Faillard: Das Vorgehen der Geheimpolizei in Europa ist falsch und übertrieben.

BSZ: Wissen Sie, daß die südkoreanische Geheimpolizei und der CIA in Nordkorea „arbeiten“?

Faillard: Ich kann das nicht beurteilen; wenn das aber zutrifft, dann ist das ebenso zu verurteilen.

BSZ: Würden Sie nochmal nach Südkorea fahren?

Faillard: Selbstverständlich!

BSZ: Vielen Dank für das Gespräch!

Faillard: Ich weiß ja schon, was Sie aus diesem Interview machen.



Grüß Gott, tritt ein!

Eine mausgraue Anonymität

Über das „Frustrationsgetto RUB“ ist in letzter Zeit viel geschrieben worden — besonders auf diesen BSZ-Sonderseiten. Wegen des knappen zur Verfügung stehenden Platzes können hier nur thesenartig die wichtigsten Gründe für die Kommunikationsfeindlichkeit des Querenburger Betons dargestellt werden.

Fehlende Treffpunkte

Die RUB — als „Arbeitsuniversität“ konzipiert — ist noch mehr: eine richtige Fabrik — morgens zwischen 8 und 10 rein, abends zwischen 16 und 18 Uhr wieder raus (gleitende Arbeitszeit!). Und zwischendurch soll gearbeitet werden — aber was anderes kann man hier ja auch nicht machen! (Wo denn auch?). Cafeterien und Kantine (Mensa) sind kaum gemüthlicher und nicht geeignet zur sozialen Bedürfnisbefriedigung; ihre Öffnungszeiten entsprechen dem wirtschaftlichen Umsatz und nicht den Wünschen der Kommunikationssuchenden (bis 15.30 Uhr geöffnet!); dazu führt der Massenbetrieb der neuen Mensa zu einem totalisierten Viehbetrieb — das Individuelle geht völlig unter. Und die ausgeflippten Typen, die es fertigbringen, dort länger (!) als zur Essensaufnahme sitzen zu bleiben, gehören schon meist zu denen, die an der RUB einfach nicht mehr arbeiten können. Doch andere — selbst außeruniversitäre — Treffpunkte gibt es in Querenburg kaum.

Pendlerproblem

Dazu kommt als sehr nachteiliges Problem, daß weit über 50 Prozent der Studentinnen und Studenten abends „nach Hause“ irgendwo ins Ruhrgebiet fahren. Diese riesige Schar wird — wegen fehlender engerer Kontaktmöglichkeiten, sturem Arbeitsrhythmus, zu hohem Leistungsstreß ... — automatisch zu den berühmten „mausgrauen Studenten“, die sich für nichts interessieren (— können? —). So bleiben denn die abendlichen wenigen Kommunikationsmöglichkeiten (politische Hochschulgruppen, RUB PUB, Studienkreis Film, Ausgleichssport ...) für eine kleinere Gruppe von Studierenden über — die aber auch zum großen Teil Ver-

einamungsprobleme in den Wohnheimen oder ihren Buden haben. Sämtliche Veranstaltungen finden nur abends statt — samstags und sonntags ist Querenburg mausetot — Feten (in den Heimen) oder Tanzmöglichkeiten (selbst in der „City“) gibt es kaum noch.

Anonymität

Durch diese spezifische RUB Atmosphäre wird eine starke Kommunikationsfeindlichkeit gefördert, die besonders durch die frustrierenden Arbeits- und Studienbedingungen sowie die totale Anonymität verstärkt wird. Der einzelne ist für die anderen eine Nummer — z. B. 16 471 —, die unpersönlich ihrer Arbeit nachgehen soll und sonst nichts. Die bei allen vorhandenen Kommunikations- und Kontaktwünsche werden gegenseitig unterdrückt und immer mehr in sich hineingefressen.

Sexuelle Schwierigkeiten

Daß eine solche Situation bei den schon sowieso sexuell „komplizierteren“ Studierenden zu sexuellen Ängsten führt, ist trauriges Abfallprodukt dieser Universität. Das ständige Unterdrücken der Sexualität (das allerdings dabei die emanzipatorischen Bestrebungen der Studentinnen negiert) erschwert die Kommunikationsansätze erheblich.

Dabei ist festzustellen, daß die Studierenden keine Hemmungen im moralischen oder ethischen Bereich hätten, sondern daß sie an technischen (= an und für sich leicht überwindbaren) Schwierigkeiten „scheitern“, die die Sexualität nicht zu ihrem normalen Partnerverhalten gehören läßt.

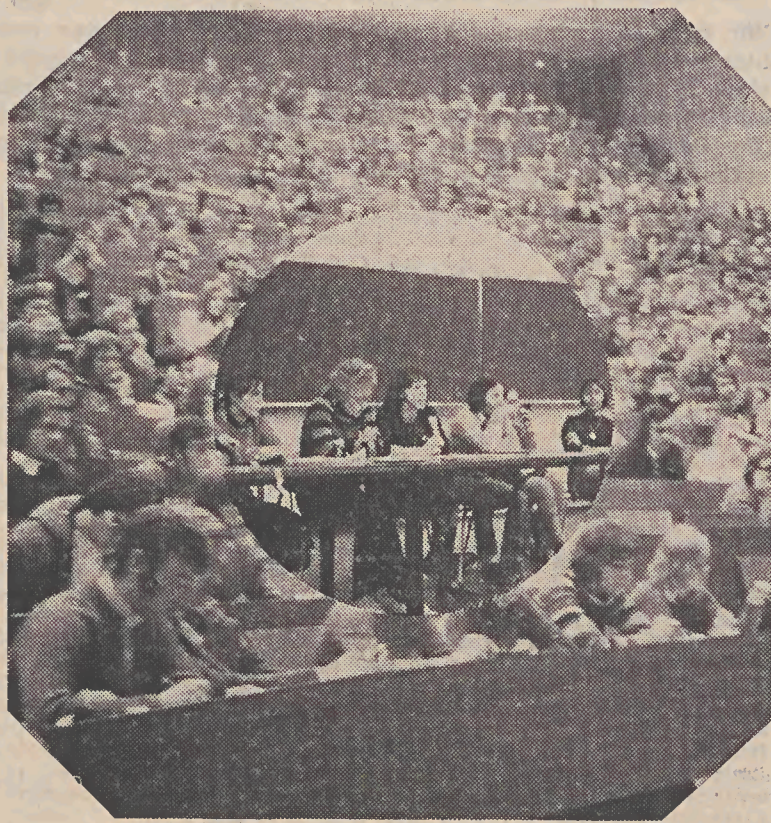
Kontaktthilfen

Für viele — allerdings noch für viel zu wenige — enden diese

Schwierigkeiten beim Studienbüro oder bei der ASTA-Sozialberatung. Doch es reicht bei weitem nicht aus, wenn auf diese Weise nur den ausweglosesten „Fällen“ geholfen werden kann, deren Frustration oder Depressionen sie hierhin führt. Geholfen werden muß allen, die unter dieser Kommunikationsfeindlichkeit leiden. Doch Hilfe bietet nur ein gegenseitiges Verständnis für die Isolation und die Kontaktschwierigkeiten der anderen (— wer redet denn schon mit seinem Nachbarn in Cafeteria, Vorlesung

oder Bibliothek? —). Das systematische Suchen von Kontaktmöglichkeiten führt schnell zur Erkenntnis, daß fast alle anderen weitgehend dieselben Probleme haben.

Auch das große Warten auf den Zufall führt nur weiter in die Isolation; die schlechteste Praxis ist besser als die beste nicht umgesetzte Theorie!!! Ein solches Sich-zum-sprechen-zwingen sowie die Hilfestellung durch Leute ohne Kontaktprobleme können mit dazu beitragen, die gequälte, steife Betonatmosphäre aufzulösen.



Das Studienbüro — im Flachbereich zwischen dem IB- und IC-Gebäude auf der 04-Ebene — ist eine kostenlose Beratungsstelle bei Studienschwierigkeiten, persönlichen Problemen jeglicher Art und Gruppenproblemen. Zu dem 1. teach-in des Studienbüros am 21. 10. — „wie soll ich mit dieser Universität fertig werden“ — kamen ca. 600 Studienanfänger.

Bei einem 2. teach-in Ende November (der genaue Termin wird noch bekanntgegeben!) sollen die in den ersten Wochen des Studiums gewonnenen Erfahrungen ausgetauscht und die für Studienanfänger unüberbrückbaren Schwierigkeiten diskutiert werden.

Arbeitskreisen sind für den Fahrstudierenden mit recht großem Aufwand verbunden. — So hängt er zwischen seiner Heimatgemeinde und den Kommilitonen in Bochum; mit beiden Gruppen ist der Kontakt erschwert.

... gegen Leistungsdruck

Während z. Z. in einigen Fächern der Studienablauf noch individuell gestaltet werden kann, bringt die Hochschulreform (die sog. „Hochschulreform“) für alle Fächer verschulte Zwangskursstudiengänge von 6 bis 8 Semestern, die jegliche Eigeninitiative zunichte machen. Spätestens hier zeigt sich das Problem der Studienbedingungen: Das Fressen oder Nicht-Fressen der vorge-setzten Lehrinhalte und -formen, egal ob sie genießbar sind oder nicht.

Es klingt unvorstellbar, daß in vielen Fächern die Durchfallquoten bei Klausuren und Zwischenprüfungen um die 50 Prozent liegen — und daß alle betroffenen Studentinnen und Studenten dem Wahn verfallen, daß gerade sie zu den erkrankten gehören, die es schaffen; das Ergebnis ist blinder Arbeitseifer und Egoismus, Kooperationsfeindlichkeit und Falschheit. Doch gerade solches unsolidarisches Verhalten ermöglicht es erst recht, die Daumenschrauben noch mehr anzuziehen und — völlig willkürlich — nur so viele durchkommen zu lassen, wie man gerade will (oder wie die Industrie benötigt!). — Dabei wird Kommunikation, Information über gesellschaftliche Prozesse und über andere wissenschaftliche Bereiche und Entspannung schlicht

unmöglich — berücksichtigt man noch die spezifischen RUB-Mißstände.

Hier zeigen sich klar die Ansätze zu einem Prozeß, der entweder zur totalen Leistungsverweigerung und damit zum drop-out-status oder zum psychisch deformierten Fachidioten führt, der ebenso arglos für DOW-Chemicals Napalm wie ein neues Mottenpulver entwickeln könnte.

Kollektives Studium

Es ist ein Trick des autoritären Schul- und Lehrsystems, kooperative Techniken, kollektives Arbeiten möglichst zu verhindern. Denn durch kollektives Studium und Kooperation findet je gleichzeitig ein sozialer Lernprozeß statt, der Vor-

aussetzung dafür ist, ein über die sachbezogene Kooperation hinausgehendes politisches Handeln erst zu ermöglichen.

Kollektives Studium bedeutet einfach, daß in Arbeitsgruppen, die sich auf eine gemeinsame Studientechnik geeinigt haben, viel weniger Zeit für die Aneignung des Stoffgebietes aufgewandt werden muß. Darüber hinaus hat sich gezeigt, daß Arbeitsgruppen sehr bald die gewonnene Zeit dazu verwenden, sich um die Angelegenheiten der Fachschaft, der Prüfungsordnungen usw. zu kümmern. Der persönliche Leistungsdruck wird gemindert.

Gruppenarbeit

Die Erarbeitung des Lehrstoffes geht schneller, zwar nicht so sehr, was die Menge des Lehrstoffes betrifft, sondern mehr die kritische Durchdringung und selbständige Erarbeitung des Stoffes. Die Kritik an den Unterrichtsmethoden wird stärker, gleichzeitig aber auch die Bereitschaft der Teilnehmer, alternativer Methoden zur Seminar-durchführung vorzuschlagen und mitzutragen. Das soziale Klima zwischen den Teilnehmern wird besser. Es gibt mehr Ansätze zur Gruppenbildung, zu effektiveren Arbeitstechniken und mehr Einsicht in soziale Zusammenhänge. Dadurch wird die kritische Auseinandersetzung mit dem gesamten Lehrsystem gefördert. z. T. b. p.

Studienberatung

Wer als Studienanfänger schon konkrete Vorstellungen von Studienfach und -ziel hat, läuft brav in alle nach dem Vorlesungsverzeichnis zusammengestellten Lehrveranstaltungen — bis er merkt, daß er mit vielem gar nichts anzufangen weiß; und wer „nur so mal“ versucht mit z. B. Chemie, Philosophie und Pädagogik sein Studium zu beginnen, wird wohl noch hilfloser nach einiger Zeit sehen, daß dies nicht so zusammenpaßt, wie es sollte. Hier hilft die Studienberatung weiter.

Die universitäre Studienberatung (vgl. Vorlesungsverzeichnis) gibt jedoch nur einen Einblick in das papierene „Soll“ des Studienplans (sollte man aber kennen!), daher auch hier informieren und nicht wegschicken lassen; auch die Allgemeinen Studienhinweise und die Studiensituation der einzelnen Fächer im 2. Teil des neuen Universitätsführers können nicht mehr als einen kurzen Überblick gewähren.

Jeder Studienanfänger sollte daher bei irgendwelchen Fragen oder Unklarheiten über das Studienfach oder Berufsperspektiven die Studienberatung seiner Fachschaft aufsuchen. Denn nur hier kann er (sie) konkret erfahren, welche Studien-planzusammenstellungen sinnvoll sind, was für Vorlesungen und Kurse überflüssig sind, bei welchen Dozenten man überhaupt was lernt, mit welchen Lehrmitteln — und mit welchen Leuten zusammen! — man am effektivsten arbeiten kann, wo es studentische Arbeitsgruppen gibt ... Einmal bei der Fachschaft fragen kostet nichts — die Fachschaftsratsleute würden bei ihrem Studienbeginn ja auch nicht Bescheid! —; und es ist auf jeden Fall

sinnvoller, als semesterlang ziel- und sinnlos vor sich her zu „studieren“.

Funktion dieser Seite

Diese BSZ-Sonderseite ist die 10. der sog. „Frustrationsseiten“, die seit Januar 71 versuchten, auf die psychischen, sozialen und individuellen Probleme der Studierenden aufmerksam zu machen — um sie zu verändern. Ziel dieser Seite sollte sein, den gesellschaftlichen Bezug zwischen den (hochschul-)politischen Problemen und der individuellen Vereinsamung herzustellen.

Doch es hilft nicht weiter, daß diese Seiten verbal ein gutes Echo finden, wenn die große Masse der Studentinnen und Studenten weder in diesem sozialen noch im hochschulpolitischen Bereich die Bereitschaft zeigen, sich aktiv für ihre Belange einzusetzen.

Das vereinzelt Verstehen wird so zu einer rein intellektualistischen Zustimmung zu diesen Seiten und unserer Arbeit; doch gleichzeitig

hiermit erfolgt dieselbe Zustimmung zu den formierenden Gesetzmäßigkeiten, die uns immer mehr daran hindern, ein Studium im Interesse der und für die arbeitende Bevölkerung zu leisten.

Diese Sonderseiten werden vorläufig weiter erscheinen, obwohl die Gefahr der thematischen Wiederholung — und somit Langweiligung der Leser — entsteht; ein stärkeres Echo auf diese Seiten ist allerdings wünschenswert.

IN DEN NÄCHSTEN BSZ:

- STUDIENBÜRO
- KONTAKTSPIELE

Erich Eisel

Mehrere Artikel bzw. -teile dieser Seite entstammen dem Anhang zum 5. Jahresbericht des Studienbüros.

Späte Jugendliche

Auf den Mangel an Privatzimmern und Privatwohnungen für Studenten bzw. studentische Wohngemeinschaften braucht kaum hingewiesen zu werden. Weniger als 10 Prozent Bochumer Studenten haben Wohnheimplätze, 30 Prozent sollten es einmal werden. Bereits projektierte Wohnheime sind nicht gebaut, so daß hier viel Versäumtes nachzuholen ist. Geradezu grotesk ist es unter diesen Verhältnissen, daß im Schwesternwohnheim des geplanten Klinikums noch immer die Bauleitung und private Firmen hausen, obwohl dies eben als Wohnheim gebaut wurde.

Von den existierenden Wohnheimen zeigen einige noch heute erschreckende Anachronismen. So gibt es noch immer die alberne überkommene Trennung der Geschlechter durch verschiedene Türme, Stockwerke oder die monogeschlechtlichen Wohnheime. — Mieterhöhungen und frömmelndes Wohlverhalten werden mit Androhung der Kündigung erzwungen; ein erpresserisches Mittel, denkt man an die Wohnungsnot.

Notwendigkeit eigener Wohnung

Spätestens bei Gesprächen mit Studenten, die unter der Abhängigkeit von den Eltern leiden, wird klar, wie notwendig es ist, diesen „späten“ Jugendlichen die psychi-

sche Selbständigkeit zu ermöglichen. Durch die häufig noch bestehende ökonomische Abhängigkeit von den Eltern ist ein realitätsorientiertes Verhalten ohnehin erschwert; Eigenverantwortlichkeit ist oft nicht hinreichend gelernt. Hier kann eine lokale Trennung von den Eltern äußerst hilfreich sein.

Neben der Gefahr der prolongierten Abhängigkeit von den Eltern, bedroht den Fahrstudenten geistige und soziale Isolierung. Der aus der Schulzeit stammende Freundeskreis zerbröckelt allmählich; neue Freunde können nur schwer gewonnen werden. Der Besuch von Veranstaltungen in der Uni, die am Abend liegen (Vorträge, Filmclub, polit. Gruppen, Unifeste), oder die Teilnahme an privaten

ORIENTIERUNGSLOS?

Wer sich in den Beton-Särgen verläuft, ist Opfer der Architekten; wer keine Ahnung über seinen Studienplan hat, braucht sich nicht zu schämen; wer nicht weiß, wo was ist, wer wo ist, wann warum was ist ... muß schlicht und einfach leiden unter dem beschissenen Informationsfluß hier an der RUB.

Als völlig unzureichend hat sich das Informationsangebot und -system erwiesen, auf die besonders die Anfangsemesterer jeweils zu Semesterbeginn angewiesen sind: Oft werden sie von einer Stelle zur nächsten geschickt und bekommen nur vage Auskünfte. Die daraus resultierende Frustration hat sicherlich schon manche sachliche Information über Studienpläne, Fächerkombinationen etc. verhindert.

Hier ist dringend eine umfassende Koordination zwischen den Abteilungen (Fachberater), den zentralen Einrichtungen, dem ASTA und der Uni-Verwaltung erforderlich. — Völlig verschleiert bleibt, weshalb erst im Jahr 71 begonnen wurde, Gebäude und Hörsäle systematisch zu bezeichnen. Durch die Monotonie der Architektur, das uniforme, triste Grau überall, fehlen alle Möglichkeiten für eine rasche Orientierung. Da markante Punkte fehlen, fällt es selbst „Uni-Veteranen“ schwer, den Überblick zu behalten. — Immer noch fehlen Beschriftungen der Stockwerke und der Fahrstuhlhaltastellen. —

Informationsmöglichkeiten

Die bei der Immatrikulation von SHB und SAG verteilten Informationsschriften — teils Allgemeines, teils Fachspezifische — reichen bei weitem nicht aus, um mehr als einen flüchtigen Einblick in die RUB zu gewähren. Den rat- und hilfessuchenden Studentinnen und Studenten bieten sich folgende Informationsmöglichkeiten an:

- Der ASTA verzichtete zu diesem WS auf die Veröffentlichung alphabetischer Hinweise in der BSZ, weil diese weitaus besser und übersichtlicher — über 100 Stichwörter — auf fast 30 Seiten in dem jetzt erscheinenden UNIVERSITÄTSFÜHRER enthalten sind. Dieser Universitätsführer (s. auch in dieser BSZ an anderer Stelle!) enthält auf über 220 Seiten die wichtigsten Informationen über die RUB — besonders für Studienanfänger.
- Die BOCHUMER STUDENTENZEITUNG ist nicht nur das (hochschul-)politische Organ des ASTA, sondern enthält auch jede Menge Artikel über die soziale und psychische Situation der Studierenden — wie z. B. diese Sonderseite.
- Für sämtliche Fragen über die jeweilige Studiensituation sowie

sonstige Informationen stehen die FACHSCHAFTSRÄTE der einzelnen Studienfächer gern zur Verfügung (Fachschaftsraum und -sprechstunden auf schwarzen Brettern in den Abt.).

- Das STUDIENBÜRO — vgl. Kasten auf dieser Seite.
- Das UNIVERSITÄTSSSEKRETARIAT (IB 02/43) bietet nur Hilfe in den Fällen, in denen die Universitätsverwaltung betroffen ist (vgl. Aufstellung im Vorlesungsverzeichnis). Ansonsten gibt sich die Universität sehr wenig Mühe um die informationssuchenden Studierenden (z. B. keine Merkblätter, Lagepläne bei der Immatrikulation).
- Im ASTA-SEKRETARIAT (Baracke 1, Zimmer 17 — hinter IC und vor der alten Mensa) findet jeder Hilfe, der irgendwie nicht mehr zurechtkommt. Nicht nur bei Fragen aus dem ASTA-Dienstleistungsbereich (vgl. Aufstellung im SHB-Info und Uniführer), sondern auch bei allen sonstigen (persönlichen, finanziellen, studienbezogenen) Schwierigkeiten sind die drei Sekretärinnen und die ASTA-Leute gern behilflich — zumindest können sie die gesuchten bzw. zuständigen Stellen nennen.

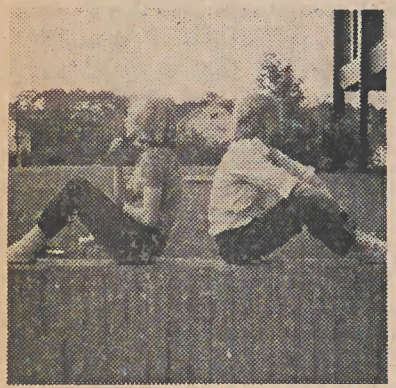
AStA-Aktionsprogramm (III. Teil)

Eine Sozialpolitik, die den Anspruch erhebt, antikapitalistisch zu sein, muß auf jeden Fall folgende Aspekte berücksichtigen:

1. Sie muß illusionslos und realistisch sein.
2. Sie muß systemkritisch und mobilisierend wirken.
3. Sie muß mit einer klaren sozialistischen Perspektive betrieben werden.

Antikapitalistische Sozialpolitik

D. h. konkreter: Es muß von vornherein klar werden, wie klein der Handlungsspielraum für eine solche Sozialpolitik ist, wie gering also die Chance für die Durchsetzung solcher Forderungen wie kostendeckende, familienunabhängige Förderung oder „befriedigende“ Lösung der Wohnungsprobleme ist. Es muß aufgezeigt werden, daß eine volle Verwirklichung dieser Forderungen im kapitalistischen System nicht erreicht werden kann, sondern daß man allenfalls Zustände mit — von der Seite der Herrschenden intendierter — integrativer Funktion erhält, die sich sicher nicht dazu eignen, sie zu „Gegenmachtpositionen“ auszubauen, um mit Hilfe dieser „Gegenmachtpositionen“ allmählich das kapitalistische System zu beseitigen. Ein solches Konzept basiert nämlich auf der Illusion des Staates als „sozialem Rechtsstaat“, den man aufgrund seiner Unabhängigkeit von den ökonomischen Verhältnissen dazu bringen könne, durch ihm abgerungene politische Akte bzw. Gesetze das System zu beseitigen, dessen bloßes Instrument er ist.



Sozialpolitik muß stattdessen vordringlich kritisch aufklärend sein. Auf dieser Basis ist es dann durchaus sinnvoll und notwendig, kurz- und langfristige Forderungen nach sozialen Verbesserungen zu erheben, wobei hier — sicher zu erreichende — Teilerfolge eine Art materielle Basis für einen konsequenten antikapitalistischen Kampf in allen Bereichen darstellen und durch gleichzeitiges Auslösen von Bewußtseinsprozessen den Kampf bewußtseinsmäßig auf eine qualitativ höhere Stufe stellen können.

Nicht unwichtig ist vielleicht auch der Aspekt der Erzeugung einer gewissen Solidarität beim Einsatz für materielle Verbesserungen.

Bei einer solchen studentischen Sozialpolitik muß aber auf jeden Fall der Fehler vermieden werden, rein ständische, Privilegien für Studenten schaffende Politik zu betreiben; statt dessen hat die Sozialpolitik die sehr wichtige Funktion, ihren Aktionsradius auf die gesamte Bevölkerung auszuweiten, um durch ihren systemkritischen, entlarvenden Charakter die Schaffung einer Basis für den revolutionären Kampf ansatzweise zu erleichtern.

Konkrete Projekte für das nächste Semester

1. BAFÖG

Es erscheint nicht mehr sehr sinnvoll, einen großartigen Kampf für eine Abschaffung oder wesentliche Modifizierung des ja bereits in Kraft getretenen Gesetzes zu führen.

Statt dessen müssen noch bestehende Einflußmöglichkeiten bei der Durchführung ausgenutzt werden bzw. eine weitere Einflußnahme angestrebt werden, allerdings im Rahmen — das sei noch einmal betont — einer kritischen illusionslosen Politik.

Konkret zu verfolgen ist z. B. die Forderung nach einer jährlichen Novellierung der Forderungssätze, statt wie vorgesehen einer zweijährigen.

Des weiteren muß die BAFÖG-Diskussion in den Rahmen einer allgemeinen Antiformierungsstrategie gestellt werden, die die Verbindung zum Hochschulrahmengesetz, Hochschulbauförderungsgesetz, Graduiertenförderungsgesetz, Hochschulstatistikgesetz etc. aufzeigt auf dem Hintergrund einer Analyse der kapitalistischen Bildungspolitik. Hier kann die auf jeden Fall wieder neu zu konstituierende Projektgruppe BAFÖG wesentliche Arbeit leisten.

Gerade die Problematik der Ausbildungsförderung mit allem, was damit zusammenhängt, muß nicht nur unter den Studenten, sondern innerhalb der gesamten Bevölkerung vermittelt werden.

2. Wohnsituation

Angesichts der katastrophalen Wohnungssituation ist dies ein Bereich, in dem in der nächsten Zeit ganz verstärkt gearbeitet werden muß.

Zur Behebung der größten Mißstände und sozialen Härten (sozialer NC) werden vom AStA kurzfristige Lösungen angestrebt wie die Forderung an die Landesregierung zum Bau von Barackendörfern. Des weiteren sollen in einigen Studentenheimen die oft viel zu großen und deshalb kaum genutzten Gemeinschaftsräume zu weiteren Wohnmöglichkeiten für Studenten kurzfristig ausgebaut werden. Außerdem wird der AStA im WS Hausbesetzungen durchführen (nach dem Frankfurter Modell), um wenigstens für einen Teil der zimmernden Studenten Wohnraum zu schaffen.

Es ist aber notwendig, solche Aktionen im Wohnbereich in den Rahmen einer längerfristigen sozialistischen Strategie zu stellen. Dazu muß einmal anhand der bestehenden Situation eine Analyse kapitalistischer Wohnungspolitik geleistet werden, zum anderen darf auch hier keine ständische Politik betrieben werden, d. h. es muß aufgezeigt werden, daß das Problem studentischer Wohnungsnot nur ein Ausdruck der allgemeinen Wohnungsnot in unserem System ist. Die Problematik muß deshalb in der gesamten Bevölkerung vermittelt werden und unsere Forderung ist entsprechend: Nicht privilegierte Schaffung von Wohnraum für Studenten durch z. B. verstärkten Wohnheimbau, sondern: Erweiterung des allgemeinen sozialen Wohnungsbau, Schaffung von ausreichendem Wohnraum für alle, darunter auch für Studenten.

Auch in diesem Bereich wird eine Projektgruppe vom AStA eingerichtet werden.

3. Weitere konkrete Projekte für das nächste Semester

a) Förderung der Kommunikation unter den Studierenden der Ruhr-Universität. Ziel ist die Errichtung eines oder mehrerer Kontaktzentren, in denen die Möglichkeit besteht, sich von der Isolation, die man in der RUB erfährt, zu befreien.

In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll und notwendig, die Kontakte zwischen den Studenten und der Bevölkerung zu intensivieren.

b) Sozialpsychologische Beratung für Studenten.

Eine solche Beratung erfolgt bisher im Studienbüro. Es hat sich aber herausgestellt, daß diese Einrichtung — allein schon personell — keinesfalls ausreicht, so daß eine Erweiterung dringend notwendig ist.

Hier wie auch bei vielen anderen Projekten soll die Zusammenarbeit von Studienbüro und dem AStA-Sozialreferat bzw. dem Studentenwerk verstärkt werden.

c) Beratungs- und Kontaktzentrum für Homosexuelle beiderlei Geschlechts.

Die Arbeit der schon bestehenden HAG (Homosexuelle Aktionsgruppe) wird vom AStA in Zusammenarbeit mit dem Studienbüro unterstützt werden.

d) Beratung für ausländische Studenten und Gastarbeiter.

Hier bietet sich eine Zusammenarbeit von AStA-Auslandsreferat, Sozialreferat, Studienbüro mit Gruppen, die sich speziell mit der Gastarbeiterproblematik beschäftigen, an. Es soll ein Kontakt- und Beratungszentrum für Ausländer geschaffen werden.

e) Erziehungsberatungsstelle und praktische pädagogische Arbeit in einer Kindertagesstätte oder in Kinderläden.

In diesem Bereich ist ebenfalls die Verbindung der studentischen Arbeit mit der Arbeit in der Bevölkerung gut möglich durch z. B. Einrichtung von Kinderläden, die sowohl für Kinder von Studenten als auch für Kinder der Bochumer Bevölkerung offen stehen.

Der AStA wird in diesem Zusammenhang auch die Arbeit der Projektgruppe Brelohstraße weiter unterstützen.

f) Beratungs- und Rekreationszentrum für Rauschgiftsüchtige.

Dieses Zentrum soll in Zusammenarbeit mit dem Studienbüro und der Arztstation der RUB errichtet werden und ebenfalls für die gesamte Bevölkerung zur Verfügung stehen.

g) Emanzipationsgruppe
Die Emanzipationsgruppe, die sich im letzten Semester konstituiert hat, wird ihre Arbeit wieder aufnehmen und steht für alle Interessierten noch offen.

Nach den Erfahrungen der bisherigen Arbeit ist es notwendig, das bisherige Konzept noch einmal kritisch zu überdenken und neue Vorstellungen zu entwickeln.

h) Aktion 218
Im nächsten Semester werden sich unsere Aktionen verstärkt gegen den § 218 richten, vor allem gegen den Jahn-Entwurf. Hier — wie auch im Wohnbereich — arbeitet der AStA mit Jusos und Judos zusammen.

Zu allen diesen Projekten, die der AStA durchführen will, sollen Projektgruppen eingerichtet werden, deren Arbeit dann in einem Projektbereich Soziales koordiniert werden kann.

INTERESSENTEN FÜR EINE ODER MEHRERE DER PROJEKTGRUPPEN FÜLLEN BITTE DEN FOLGENDEN ABSCHNITT AUS UND GEBEN IHN IM AStA, LERNERSHOFSTRASSE 60, BARAKKE 1, ZIMMER 14, AB ODER SCHICKEN IHN DORTHIN!

Ich interessiere mich für die Mitarbeit in folgender Projektgruppe:

1.	
2.	
3.	
Name:	
Adresse:	

vds-Einschätzung

Wir müssen davon ausgehen, daß die linken Theorien dem Stand der Klassenkämpfe entsprechend unpräzise und ungenau sind. Die fehlende Klassenanalyse und genaue Analyse des bundesrepublikanischen Kapitalismus können auch die sich als die „Partei des Proletariats“ bezeichnenden Gruppen mit ihrem undialektischen Organisationsdogmatismus nicht überdecken.

Von daher ist die derzeitige Zersplitterung der Linken begründet, solange sich nicht aufgrund des Standes der Klassenkämpfe und somit der revolutionären Praxis verschiedene theoretische Ansätze als falsch erweisen. Daher muß man sich der Relativität oder anders Entwicklungsfähigkeit seines eigenen Ansatzes bewußt sein, solange die revolutionäre Praxis ihn noch nicht weitertreiben kann. Die Verabsolutierung einer Meinung ist somit dogmatisch und undialektisch. Hochschulpolitische Konzeptionen, die sich ableiten aus gesamtgesellschaftlichen Einschätzungen, fallen darum auch notwendigerweise verschieden aus.

Aufgrund dieser Überlegungen ergibt sich als eine Funktion eines überregionalen Studentenverbandes eine ständige Kommunikation unter den theoretischen Ansätzen. Das findet zur Zeit nicht mehr statt; die verabsolutierte, nicht mehr entwicklungsfähige Spartakustheorie hat Platz gegriffen und dem VDS Funktionen zugeordnet, die er in der gegenwärtigen historischen Situation gar nicht erfüllen kann. Beispielsweise soll er zu einer Machtposition gegen das Monopolkapital ausgebaut werden, was darauf hinausläuft, daß Macht = Organisation (anstatt Macht = Organisation + Bewußtsein) ist und das Bewußtsein der Masse ersetzt wird durch das Bewußtsein der Funktionäre.

Erste Aufgabe ist es also, den

VDS zu einem linken Kommunikationszentrum zu machen, in dem die Theorieverabsolutierung keinen Platz haben. Damit verbunden ist die Funktion eines Informationsverteilers. Der nötige Informationsbackground kann nützlich sein bei der Erarbeitung theoretischer Ansätze sowie beim Ansatz an den materiellen Interessen der Studierenden, um sozialistisches Bewußtsein zu bilden.

Den VDS als Kampfverband oder gewerkschaftliche Vertretung von Studenten (was bei richtigem Verständnis von Gewerkschaft = Kampfverband) zu nutzen, steht zur Zeit noch nicht auf der Tagesordnung.

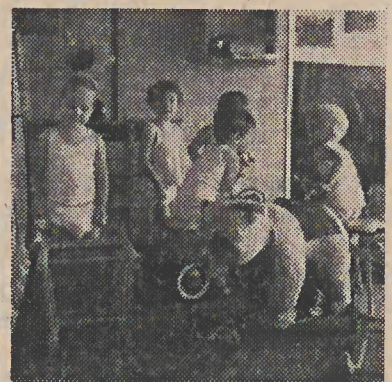
Die Parole „VDS-gestärkt: 300 000 studentische Mitglieder“ täuscht über die wirkliche „Kampfkraft“ des VDS hinweg. Kampfkraft kann er nur entwickeln, wenn eine bewußte Studentenschaft — und zwar nicht nur repräsentativ vertreten aufgrund von Funktionsentscheidungen — sich in ihm zusammenschließt.

Damit stellt sich für uns konkret die Aufgabe, die Stimmungsverhältnisse im VDS so zu verändern, daß dort eine diskussionsfähige Linke kontaktieren kann, Informationen von dort (unverzüglich) an die Hochschulen gehen und durch eine Wahrnehmung materieller studentischer Interessen, sofern sie nicht ständisch sind, eine Massenmobilisierung (= Bewußtseinsbildung) unterstützt wird.

Außeruniversitäre Bereiche

Die außeruniversitäre Arbeit des AStA wird sich im wesentlichen auf zwei Punkte konzentrieren müssen:

- einerseits sollen außeruniversitäre Projekte initiiert werden als Konzeption dessen, was man unter dem Bündnis Intelligenz — Proletariat versteht, nämlich die spezifischen Fähigkeiten der Intelligenz zur Unterstützung und Versorgung des Proletariats auszunutzen und dabei den sozialistischen Intellektuellen praktische Perspektiven politischer Arbeit während ihrer Ausbildung und möglicherweise auch Berufsperspektiven eröffnen;
- andererseits kann der AStA gerade in der augenblicklichen Phase der relativ schwach entwickelten Kämpfe und der weitgehenden Irrelevanz nicht — revisionistischer Gruppen außerhalb der Hochschule eine besondere Bedeutung in der Unterstützung parteilicher und nicht-parteilicher Gruppen und der Zusammenarbeit bei allgemeinen Kampagnen mit solchen Gruppen gewinnen.



Im Augenblick sehen wir folgende Möglichkeiten:

— Ausländerarbeit

Im Rahmen der ROTEN ZELLE RECHTSWISSENSCHAFT haben mehrere Genossen versucht, eine allgemeine Bestimmung der ausländischen Arbeiter im Produktionsprozeß zu geben sowie eine Untersuchung über ihre Situation in rechtlicher, politischer, wirtschaftlicher Hinsicht zu machen. Die Ergebnisse dieser Arbeiten sind Mitte/Ende November zu erwarten. In der zweiten Phase müssen wir versuchen, die Lage ausländischer Arbeiter im Ruhrgebiet und besonders in Bochum zu klären. Gleichzeitig soll versucht werden, erste praktische Ansätze in der Zusammenarbeit mit Ausländern zu entwickeln. Wir dachten dabei in erster Linie an die etwa 350 deutschen und ausländischen Uni-Bauarbeiter, die unter katastrophalen Bedingungen in ehemaligen Wehrmachtbaracken im Lottental wohnen müssen. Ein solches Projekt würde u. E. den großen Vorteil einer Kampfperspektive von Intellektuellen

und Arbeitern bieten und möglicherweise die Lage der ausländischen Bauarbeiter real verbessern (Wohnheime o. ä.). Vor allem könnte man wahrscheinlich eine größere Zahl von nicht-organisierten Studenten in eine solche Arbeit hineinziehen.

— Rote Hilfe

Für den Aufbau einer Roten Hilfe gibt es bislang praktisch keine Vorarbeiten theoretischer oder praktischer Natur. Unserer Meinung nach hat diese Frage jedoch eine entscheidende Bedeutung für die allgemeine Klärung der Bündnisperspektiven der Intelligenz. Unter Rote Hilfe wird eine überparteiliche Hilfsorganisation für die Arbeiterklasse verstanden, die u. a. die medizinische Versorgung (z. B. Pille), juristische Beratung (bei Steuerkarten, Kleinkrieg mit der Stadtbürokratie usw.), Nachhilfeunterricht für Arbeiterkinder und Abendkurse für die Arbeiterschaft selbst sicherstellen kann.

Wichtige Vorarbeiten wären:

- die Aufarbeitung der historischen Erfahrung der Roten Hilfe in der Weimarer Republik, Kontakte mit den Ansätzen in der BRD (vor allem West-Berlin) und vielleicht mit der secours-rouge in Frankreich;
- die Untersuchung der medizinischen Versorgung des Proletariats in Bochum (Krankenhaus, Gesundheitsamt, Werksärzte);
- Untersuchung der Schulsituation in Bochum.

Diese Untersuchungen haben einen Doppelcharakter: zum einen sollen sie die notwendigen Informationen beschaffen, zum anderen liefern sie den konkreten Agitationsstoff für die Arbeit in den

SHB

Einführungs-Teach-in und Diskussion

Dienstag, 9. 11. 1971, 18 h, Haus der Freunde

(Baracke 3 vor der alten Mensa)

- Hochschulpolitische Entwicklung und heutige Position des SHB
- Bedingungen von Bildungsplanung und Hochschulreform in der Bundesrepublik
- Politik des SHB

Abt. Medizin, Lehrerausbildung usw.

Erst nach dieser Phase — also wahrscheinlich nicht vor Frühjahr/Sommer 1972 — werden die ersten praktischen Perspektiven entwickelt werden können.

— Unterstützung von Lehrlingsarbeit

Hier handelt es sich um die Notwendigkeit der Unterstützung einer bereits seit Anfang 1971 existierenden Gruppe, dem BOCHUMER LEHRLINGSKOLLEKTIV.

Die Gruppe beschränkt sich im Augenblick auf die Arbeit an den Gewerblichen Berufsschulen. Wichtigstes Instrument dieser Arbeit ist die etwa alle 4–6 Wochen erscheinende Zeitung „ROTES BERICHTSHEFT“. Die Zeitung wird mit der Absicht herausgegeben, durch allgemeinere Analysen die Darstellung der Kämpfe des jugendlichen Proletariats in der BRD und Information über die Situation der Bochumer Lehrlinge und Jung-

arbeiter in Betrieb und Schule und die Diskussionen über die Zeitung den allgemeinen Bewußtseinsstand zu heben und die Herausbildung einer Massenavantgarde zu ermöglichen. Die Arbeit der Gruppe soll im nächsten Jahr schrittweise auf die kaufmännische Berufsschule, die Frauenfachschule und einzelne Betriebe ausgedehnt werden. Die Zeitung muß vor allem deshalb unterstützt werden, weil es die einzige Informationsmöglichkeit für die Lehrlinge an der Berufsschule ist (es gibt keine offizielle Zeitschrift an der Schule und auch keine von anderen politischen Gruppen).

Darüber hinaus wird der AStA Hilfe leisten beim Aufbau von Lehrlings- und Schülergruppen.

— Allgemeine politische Kampagnen
Vor allem in diesem Bereich muß der AStA im nächsten Jahr tätig werden. Einige Kampagnen, die in der nächsten Zeit anliegen:

- in Bochum wird sich unter Umständen in der nächsten Zeit ein Komitee von verschiedenen politischen Gruppen zum Kampf gegen die Entwürfe zum Betriebsverfassungsgesetz bilden;
- es ist zu prüfen, unter welchen Bedingungen die Aktion Roter Punkt weitergeführt werden kann;
- der AStA wird im nächsten Jahr auf jeden Fall antirassistische Demonstrationen vorbereiten.

Materielle Unterstützung sollte man der Projektgruppe Brelohstraße und einer Gruppe von Studenten, die spanischen Kindern Sprachunterricht erteilen, gewähren.



In schöner Gesellschaft

Friede den Palästen

Willy Brandts noble Vorgänger — Politiker, die bisher mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurden, weil sie „am meisten und am besten für die Verbrüderung der Völker ... geleistet haben“ (Testament Alfred Nobel):

● 1906: USA-Präsident Theodore Roosevelt. Zu seinen Verdiensten gehört die „Befriedung“ der von den USA früh eroberten Länder Cuba, Puerto Rico und Philippinen, d. h. die Durchdringung der Länder mit Dollars und US-Soldaten, sowie die Landung von „marines“ in Haiti, Nicaragua und der Dominikanischen Republik.

● 1912: USA-Außenminister Root. Markante Aussprüche: „Es ist nur eine Frage der Zeit, wann sich Mexiko, Mittelamerika und die karibischen Inseln, die wir nicht besitzen, unserer Fahne anschließen.“ „Wann immer investiertes amerikanisches Kapital in Gefahr ist, ist eine Intervention gerechtfertigt.“

● 1919: USA-Präsident Woodrow Wilson. Dieser Wilson, der den Völkern Europas 1918 mit seinem 14-Punkte-Programm inklusive Völkerbund wie ein Friedensengel erscheint, hat u. a. die militärische Besetzung Haitis 1915 und der Dominikanischen Republik zu verantworten.

● 1925: Dawes, Direktor der Morgan Bank (Hauptaktionär von General Motors). Mit dem sogenannten Dawes-Plan hatte „uncle Sam“ besonders der deutschen Arbeiter-

klasse gezeigt, wie gut er es mit ihr meint. Durch eine 800 Millionen-Dollarspritze sollte die deutsche Wirtschaft angekurbelt werden, damit Deutschland seine Reparationsschulden an England und Frankreich bezahlen konnte. Diese beiden Staaten wiederum standen bei den USA hoch in Kreide. Die Folgen hatten die Arbeiter zu tragen, da sie bei rapide steigenden Preisen und sinkenden Löhnen den Gürtel noch enger schnallen mußten.

● 1926: Der deutsche Außenminister Stresemann. Als Deutschland 1925 im Locarno-Vertrag den anderen imperialistischen Staaten versprach, daß es wieder einer der ihren werde, wurde Stresemann gefeiert. Noch heute wird das Märchen verbreitet, seine Politik habe nichts anderes getan, als Deutschland wieder mit der Völkerfamilie zu versöhnen. Seine „Friedenspolitik“ hatte er schon als Regierungschef 1923 den sächsischen und Hamburger Arbeitern vorerzählt, als er mit Hilfe der Reichswehr die Arbeiteraufstände blutig niederschlagen ließ.

● 1953: Georg C. Marshall. Der nach ihm benannte Plan setzte die Politik fort, die die US-Imperialisten mit dem Dawes-Plan begonnen hatten, mit der Ausnahme, daß jetzt ganz Europa unter die Fuchtel des amerikanischen Finanzkapitals geriet.

● 1971: Willy Brandt.

Fortsetzung von Seite 1

Das Korsett wird zugeschnürt

Unsere Konsequenzen

Unser Kampf gegen das Hochschulrahmengesetz muß deshalb dort ansetzen, wo sich die zentrale Studienreform konkretisiert und wo durch den entschlossenen Kampf der Studenten konkrete Veränderungen erreicht werden können: d. h. in den Fachschaften und Abteilungen.

Das setzt vor allem voraus, daß sich in allen Abteilungen Arbeitsgruppen bilden, die aus der umfassenden Kritik an den Studienzielen, Studieninhalten und der Studienpraxis alternative Forderungen entwickeln, in der Studentenschaft vermitteln und im aktiven Kampf durchzusetzen versuchen. Dieser Kampf darf allerdings nicht isoliert von der augenblicklichen Situation der Studenten ausgehen. Er muß vielmehr begriffen werden als ein Kampf, der bereits in der Ausbildungssituation die Bedingungen der späteren Berufstätigkeit aufgreift und auf den Kampf im Beruf vorbereitet, wo die Zwänge des Kapitalismus erst voll erfassbar werden können.

AStA-Kampagne

Der AStA wird Ende November in Zusammenarbeit mit den Fachschaften eine zentrale und langfristige Kampagne gegen das Hochschulrahmengesetz einleiten.

Ziel dieser Kampagne ist es, die Studentenschaft umfassend zu informieren über die Funktion und die konkreten Auswirkungen des Hochschulrahmengesetzes, Ansatzpunkte für den Kampf gegen HSchRG und zentrale Studienreform aufzuzeigen und den Kampf in den Fachschaften und Abteilungen endlich zu beginnen.

UNTERSTÜTZT DEN KAMPF GEGEN DAS HOCHSCHULRAHMENGESETZ! KAMPF DER KAPITALISTISCHEN STUDIENREFORM!

DER AStA WIRD IN ETWA EINER WOCHEN EINE DOKUMENTATION ZUM HOCHSCHULRAHMENGESETZ HERAUSBRINGEN.

Contacta Institut

Heinen-Brillen Bochum Kortumstr. 45 I.Et.
Anpassung unsichtbarer Augengläser
bestverträgliche Kunststoff-Kleinstlinsen
des bewährten Systems Müller-Welt



Ausprobieren!

Zungenmilder Pipe Tobacco.
6 Probchen gratis.
Einfach Postkarte an
EXCLUSIV
Tobacco
83 Landshut, Postfach 568

Spielverderber!

„Ich nehme die Wahl an, obwohl ich die Bedenken der Studenten verstehe und selber der Auffassung bin, daß das Verfahren der Dekanswahl geändert werden sollte!“ — So sprach der neugewählte Dekan der Juristen, Herr Cramer. Doch wer die Verhältnisse an der Abteilung Rechtswissenschaften kennt, der weiß, daß auch die nächste Dekanswahl wie gehabt über die Bühne gehen wird — und daß Herr Cramer keinen Finger rührt, um diese Wahlverfahren zu verändern.

Diese Dekanswahl ist ein schon lange eingeübtes Spielchen: die je 2 Studenten- und Assistentenvertreter beantragen eine drittelparitätische Wahl des neuen Dekans, die ca. 20 Hochschullehrer lehnen ab und wählen unter sich.

Diesmal klappte das ganze nicht mehr: auf der letzten Fakultätssitzung verließen die beiden Assistentenvertreter den Raum, als die Wahl anstand. Und die Studenten gaben folgende Erklärung zu Protokoll:

Aufbauend auf den Erfahrungen der letzten Dekanswahlen lehnt die Studentenschaft der Abteilung 6 die Beteiligung an dieser Dekanswahl ab. Sie sieht in der bisher erfolgten Weigerung der Professoren einer drittelparitätischen Wahl zustimmen den Versuch, nicht demokratisch legitimierte Machtpositionen in der Universität zu bewahren. Diese Machtpositionen werden die



Prof. Dr. Cramer, Dekan der Abteilung 6, erklärt die Situation.

Men like its
flavor Women
love its aroma

RUM and MAPLE
PIPE MIXTURE

2.50

Gratismuster • PLANTA • Berlin 61

Minister Rau ist rührig

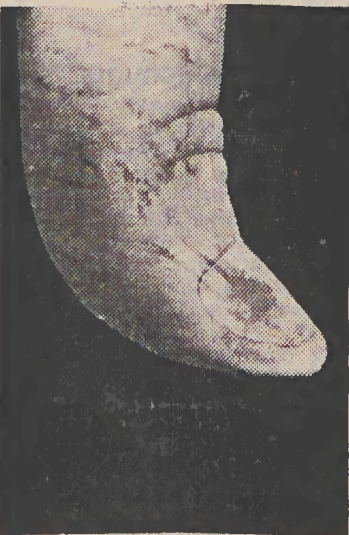
Gesamthochschulerrichtungsgesetz soll zentrale Studienreform absichern

NRW-Wissenschaftsminister Rau hat es eilig: Ende April legte er „Thesen zur Planung und Errichtung von Gesamthochschulen“ vor, im Juli konstituierte sich sein „Beirat für die Studienreform“, und Ende Oktober überrascht Rau mit dem Entwurf eines „Gesetzes über die Errichtung und Entwicklung von Gesamthochschulen“ (Gesamthochschulerrichtungsgesetz), das die Bestimmungen des noch gar nicht verabschiedeten Hochschulrahmengesetzes konkretisiert, um sie schleunigst Wirklichkeit werden zu lassen. Mit dem Errichtungsgesetz — sprich: Ermächtigungsgesetz — will Rau ein Instrument schaffen, mit dem in der organisatorischen Hülle „Gesamthochschule“ eine zentrale Studienreform unter kapitalistischen Bedingungen durchgesetzt werden soll.

Warum Gesamthochschule?

Schon in den Rau-„Thesen“ vom April wird nur notdürftig verschleiert, wem die staatliche Konzeption der Gesamthochschule tatsächlich dient: „Nach den Erkenntnissen der Hochschulplanung bietet die integrierte Gesamthochschule die beste Gewähr, — das Studium zu intensivieren, gleichzeitig zu verkürzen und von „Sackgassen“ zu befreien, — ein gestuftes System von Studienabschlüssen zu schaffen, — die Kapazitäten wirtschaftlich zu verwenden.“ (These 1.2)

Mit anderen Worten: Gesamthochschule heißt für Rau Regelstudienzeit von 6 Semestern für den Normalstudenten, Verschulung des Studiums, erhöhter Leistungsdruck, Ausrichtung der Studienabschlüsse an den Bedürfnissen der Wirtschaft nach unterschiedlich qualifizierten Fachidioten.



Rau hält den Daumen drauf.

Darüber hinaus bedeutet die Einführung der Gesamthochschule, daß die Kompetenzen für die Erarbeitung neuer und die Überarbeitung alter Studiengänge, für die Erarbeitung und „Reform“ von Studien- und Prüfungsordnungen verlagert werden in zentrale staatliche Gremien unter weitgehender Ausschaltung der Hochschulen (vgl. Ar-

tikel zum HSchRG). Das heißt: Studienordnungen und damit auch Studieninhalte werden ebenso wie Prüfungsordnungen in Zukunft den Hochschulen vom Staat aufgezwungen.

Das Ermächtigungsgesetz

Der von Rau jetzt vorgelegte Gesetzentwurf bietet organisatorisch die besten Voraussetzungen für das mit der Gesamthochschule intendierte Ziel einer Studienreform von oben.

● In den Prozeß der Studienreform sind die Hochschulen nur insoweit einbezogen, als es ihre Aufgabe sein wird, die in zentralen Studienreformkommissionen erarbeiteten Vorstellungen praktisch umzusetzen.

Ein Abweichen von diesen „Empfehlungen“ ist nicht möglich. Wenn eine Hochschule nicht spurt, wird Herr Rau die Anwendung der zentralen Studien- und Prüfungsordnungen befehlen.

● Die Paritäten in den Gründungsgremien sichern den Hochschullehrern eine prächtige Mehrheit. In dem in Bochum zu bildenden „Gesamthochschulrat“ z. B. werden Professoren, Assistenten und Studenten im Verhältnis von 5:1:2 sitzen. In einer solchen Besetzung der Gremien sieht Rau eine weitgehende Garantie für die reibungslose Durchsetzung seiner Konzeption.

● Die Kompetenzen des Ministers gegenüber den Hochschulen werden allumfassend: Für die neuzugründenden Gesamthochschulen (Duisburg, Essen, Paderborn, Siegen, Wuppertal) erläßt Rau eine vorläufige Satzung, die erst nach 2 Jahren geändert werden darf, beruft er den Rektor, nimmt er indirekt (durch Erlass einer Wahlordnung) und direkt (durch Berufung von „Fachvertretern“) Einfluß auf die Besetzung der Gründungsorgane.

Für die bereits bestehenden Unis und Fachhochschulen, die zu Gesamthochschulen zusammengefaßt werden sollen (in Aachen, Bielefeld, Bochum, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Köln, Münster), erläßt Rau die Wahlordnung für die Wahlen zum Gesamthochschulrat und ist er befugt, schon vorab Hochschulen verwaltungsmäßig zusam-

Bündischer Dekan

Hurra, die Philologen (Abt. V) haben einen neuen Dekan! Nachdem im vergangenen Wintersemester die Abteilungsversammlung, zu deren Aufgaben auch die Wahl des Dekans gehört, von den Ordinarien gesprengt und boykottiert wurde, fand diesmal die Wahl des Dekans wieder im erlauchten professoralen Kreis, der Fakultät, statt.

So unter ihresgleichen gaben über die Hälfte der anwesenden Ordinarien ihre Stimme dem Anglisten Ulrich Broich, dem Mann, der sich bei der Sprengung der Abteilungsversammlung als einer der engagiertesten „Vertreter“ professoraler Interessen und feudaler Standesprivilegien hervorgetan hatte, dem Mann, der sich als Reaktionär der ersten Reihe auszeichnet, der sich offen zum „Bund Freiheit der Wissenschaft“ bekennt.

Während noch vor einem Jahr die Professorenschaft der Abt. V sich

Mühe gab — verbal und um den liberalen Schein zu wahren — die Bereitschaft zu bekunden, Reformvorschlüssen der Studenten entgegenkommen zu wollen, schreckt sie nun nicht mehr davor zurück, einen Anhänger des universitären faschistischen Kampfbundes zu ihrem offiziellen Vertreter in der Universität zu machen.

Mit ihren Stimmen für den „Bundisten“ Broich haben die Ordinarien der Abt. V dokumentiert, in welcher „feiner Gesellschaft“ sie sich wohlfühlen.

Experimentieren in Gruppen Beitrag zur Studienhilfe

In der Papierflut auf Tischen und schwarzen Brettern sind in den letzten Tagen die Ankündigungen einer an der Universität leider kaum bekannten Einrichtung untergegangen: Beim Lehrstuhl Niesel (Vegetative Physiologie II) sind Arbeitsgemeinschaften eingerichtet, die Studierenden aller Abteilungen die Möglichkeit zu SELBSTÄNDIGEM EXPERIMENTIEREN IN GRUPPEN bietet.

Als Studienhilfe und zur Ermöglichung größerer Selbständigkeit beschäftigen sich verschiedene Gruppen mit einer Verbesserung der Informationsverarbeitung im Studium und im persönlichen Bereich der Gruppenteilnehmer. Außerdem wird zur Förderung der Gemeinschaft die Möglichkeit geboten, an gruppenspezifischen Trainingskursen teilzunehmen.

Es existieren folgende Gruppen:

● **Lernoptimierung** (für Mediziner): Behandlung physiologischer Fragen und Erarbeitung von Lern- und Erfolgsmethoden.

● **Autogenes Training** Beginn: Do. 4. 11. 19 Uhr HMA 10: Erprobung von Entspannungs- und Meditationstechniken und deren psychologische Untersuchung.

● **Optimales Lesen** Beginn: 3. 11. 14 Uhr MA 3/150: Technik zur erheblichen Verbesserung der Lesegeschwindigkeit.

● **Intelligenz- und Kreativitätstraining** — nächste Gruppe nach Weihnachten: Tests und Weiterentwicklung von Techniken zur Ver-

besserung der Informationsverarbeitung und der geistigen Produktivität.

● **Untersuchungen zum Salz- und Wasserhaushalt** (für Mediziner, Psychologen, Biologen)

● **weitere Arbeitsgruppen** können, wenn Interesse und Initiative besteht, gebildet werden.

Teilnahmemöglichkeiten und -bedingungen, Auskunft und Anmeldungen: MA 3/150 Telefon (71)-4933

Tübingen erreicht Exmatrikulation

121 Tübinger Medizinstudenten werden nun nach drei Semestern von der Universität exmatrikuliert, nachdem sie zunächst im Wege einer einstweiligen Verfügung beim Verwaltungsgericht in Sigmaringen unter Umgehung des zentralen Registerverfahrens die Zulassung erwirkt hatten. Im Hauptverfahren wurde die Zulassung vom Verwaltungsgericht wieder aufgehoben. Nach Mitteilung der Universität ist sie nicht mehr in der Lage, zusätzliche Kapazität zu schaffen, um den Studenten die Weiterführung ihres Medizinstudiums zu ermöglichen. 2000 Studenten demonstrierten deshalb am Dienstag für die Aufhebung der Exmatrikulation.

Willkommen, INDUSTRIE!

Vor einer Woche veröffentlichte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) ein Memorandum „Zur Lage von Forschung, Lehre und Studium an den Hochschulen der Bundesrepublik 1971“, in welchem die Wirtschaft äußerst offen und unverschämte ihren Einfluß auf Studienplangestaltung, Forschungsvorhaben und Leistungsdruck an den Hochschulen fordert. Im folgenden sollen einige wichtige „Bedenken“ des BDI kurz beleuchtet werden:

● **Der BDI sieht durch Ideologisierung und Politisierung die Zusammenarbeit von Lehrenden und Lernenden verhindert; der Erfolg von Lehrveranstaltungen und Forschungseffizienz scheint durch leistungsfördernde ideologische Einstellung kleiner Kreise gefährdet.**

— Hier sieht man, wie gegen den oft verzweifelte studentischen Kampf gegen faschistische Lehrinhalte (Papalekas) und Kriegsfor- schung das Argument der „leistungsfeindlichen Ideologie“ aufgebracht wird, welches die herrschende Ideologie als „wertfrei“ und die unkontrollierte Forschung als „effizient“ bezeichnet.

● **Die zunehmende unsachliche Polemik gegen den sogenannten Leistungsdruck und ein bedenkliches Symptom für die Krise der Hochschulen.** — Während ausführlich die Notwendigkeit einer Hochschulreform im Interesse der Industrie ausgewagt wird, wird der einzige Ansatz zu Veränderungen im Interesse der Emanzipation des Einzelnen — der Abbau des gesellschaftlich schädlichen ideologieträchtigen Leistungsdrucks — als unsachliche Polemik dargestellt.

● **Freiheit und Einheit von Forschung und Lehre; Ziel des Studiums: Fähigkeit zum selbständigen Erkennen, Formulieren und Lösen von Problemen in Wissenschaft und Praxis.** — Phrasenhafte Umschreibung reaktionärer und gesellschaftsfeindlicher Bildungsziele (z. B. Leistungsfähigkeit vieler Wirtschaftszweige).

Der BDI wendet sich gegen die Ideologisierung und Politisierung, die zu einer ernsthaften Beeinträchtigung der wissenschaftlichen Ausbildung und Forschung führen muß.

EINE MAHNUNG

Den Studenten an den heutigen Hochschulen kann man nur empfehlen, dem Appell Beachtung zu schenken. Viele von ihnen wollen nach dem Studium von der Industrie aufgenommen werden. Die Industrie braucht aber nicht Experten für Marxismus und Leninismus, sondern für Technik und Betriebswirtschaft.

Rheinischer Merkur, 20. 10. 71

● **Mitwirkung der Wirtschaftsverbände an Ausbildungsordnungen und Studienreform.** —

Unverhüllter erhob wohl selten der BDI seinen Anspruch auf Einflußnahme bei den nach Hochschulrahmengesetz vorgesehenen neuen Studienordnungen. Das ganze dann noch in das Mäntelchen der „gesellschaftlichen Partnerschaft“ einzuhüllen, ist wohl der Gipfel der BDI-Frechheit.

● **Die unterschiedliche Funktion Lehrender und Lernender erfordert eine abgestufte, Regelung von Mitsprache- und Mitwirkungsrechten.** —

Erfreulich offen wird hier das Wort Mitbestimmung vermieden. Und wenn schon das in Bochum gescheiterte „JP-Modell“ Mitbestimmung sein sollte, bleibt nach BDI-Memorandum wohl nur noch die Möglichkeit auf den GC-Toiletten mehr Klopapier und bunte Papierhandtücher zu fordern.

● **Der BDI fordert offen eine Bildungsberatung** — sprich staatliche Zuweisung der Studienplätze — nach dem Investitionsbedarf der Wirtschaft. Hier disqualifiziert sich sämtliches Gerede von der Hochschulreform von selbst. Die Funktion der Gesetze, durch staatliche Bildungsplanung den langfristigen Arbeitskräftebedarf der Industrie billig vorzubereiten, wird offen zugegeben.

● **Die Hauptaufgabe der Hochschulforschung liegt in der Grundlagenforschung; die Auftragsforschung muß ihren legitimen Platz an der Hochschule behalten; entgeltliche Nebenaktivitäten der Hochschullehrer sollten ausschließlich einer Mißbrauchskontrolle des Ministers unterliegen.** —

Die Industrie fordert offen die Durchführung der Forschung im öffentlich finanzierten Grundlagenbereich. Darüber hinaus sollen die öffentlichen Forschungseinrichtungen an den Hochschulen für ihre private Auftragsforschung benutzt werden dürfen — alles nach dem Prinzip: Unkosten (für die Forschung) umwälzen, Profite (die daraus fließen) selbst einstecken. Dabei soll eine etwas abenteuerliche „Kontrolle“ der Auftragsforschung diesen Mißbrauch öffentlicher Mit-

Ihre Kommilitonen können es bestätigen...

Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert



C. M. Schötteldreier

4630 BOCHUM

Herner Straße 107,

Telefon 1 43 36

Service
Verkauf
Ersatzteillager

Wir reparieren — und tauschen nicht nur aus!

US VERKAUF

H. PETERMANN

Bochum - Rathausplatz 8

Telefon 66939

Veranstaltungen des Musischen Zentrums im Wintersemester:

Hausmusikabend des Musischen Zentrums der Ruhr-Universität Bochum am Donnerstag, dem 4. November 1971, im Tonstudio des Musikwissenschaftlichen Instituts, Gebäude GA, Etage 04, Zimmer 149, um 20 Uhr (Werke von Mozart, Schumann „Karneval“, Debussy).

Am gleichen Ort zur gleichen Zeit Hausmusikabend, jeweils am ersten Donnerstag jeden Monats.

Konzert in Hattingen, Donnerstag, den 11. November 1971, um 20 Uhr in der Aula der Realschule, Grünstraße.

„CARMINA BURANA“ von Carl Orf.

Ausführende: Christel Horst-Egliniski, Sopran

Siegmar Kempfle, Tenor

Werner Becker, Bariton

Universitätschor und Wittener Bachchor

Schlagzeuggruppe des Musischen Zentrums der Ruhr-Universität Bochum

Bernd Feldewert und Klaus Zelm, Klavier

Leitung: Henning Frederichs



die bürgerliche Wissenschaft kocht ihr Süppchen

tel und Beamte noch weiter verschleiern helfen.

Die deutsche Industrie ist zu enger Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Hochschulen bereit; wir würden uns natürlich freuen, mit diesen Herren einmal an einem Tisch sitzen zu dürfen!!!

Vorlesungsstreik in Heidelberg

In Solidarität mit rund 140 Biologiestudenten, die an der Universität Heidelberg im Wintersemester keinen Arbeitsplatz gefunden haben, sind die meisten Biologiestudenten der Hochschule am Dienstag in einen vorerst auf eine Woche befristeten Vorlesungsstreik getreten. Aufgrund eines Versehens in der Zentralen Registrierstelle für Studienbewerber waren 726 Biologiestudenten des ersten Semesters zur Aufnahme ihres Studiums nach Heidelberg verwiesen worden. Dort aber standen nach Auskunft der Universität nur 80 Studienplätze zur Verfügung. Die Universitätsverwaltung hat nun andere Hochschulen aufgerufen, im sogenannten Nachrückverfahren den Rest der Studienanfänger aufzunehmen. Die streikenden Studenten fordern, für die 140 in Heidelberg ohne Chance auf einen Studienplatz zurückgebliebenen Studenten ein Notstudienprogramm in Heidelberg zu entwickeln.

Beim ASTA gibt's noch einige FREITISCHE

(besonders für Studienanfänger) Bedürftige Studenten(-innen) sollen, sich umgehend beim ASTA melden! (Baracke 1, Raum 17)

Erziehung ist Klassenerziehung

Die Projektgruppe Brelohstraße ist ein Zusammenschluß von Studenten aller Fachbereiche, die seit ca. 2 Jahren in der Brelohstraße — Bochums niedrigstem Obdachlosenasyl — einen proletarischen Kinderladen aufgebaut hat. Die Kinder stammen im wesentlichen aus der unteren Arbeiterschicht. Das enge Wechselverhältnis zwischen Theorie und Praxis, das unsere 2jährige Arbeit kennzeichnet, bewirkt bei uns einen großen Lernprozeß: Fort von der ursprünglich konzipierten antiautoritären Freiraumerziehung mit kompensatorischem (an bürgerliche Normen anpassendem) Vorschulprogramm hin zu einem proletarischen Erziehungsprogramm.

PROLETARISCHE KINDERERZIEHUNG — bedeutet das etwa politische Indoktrinierung von armen, unschuldigen Kindern? Darf man überhaupt politisch erziehen? Auf diese und ähnliche naiv-zweifelhafte Fragen gibt es nur eine Antwort: **ERZIEHUNG IST KLASSEN-ERZIEHUNG!** Denn: „Alle Erziehung ist nichts anderes als Einführung des Kindes in seine gesellschaftlichen Funktionen ... Für die Klassengesellschaft bedeutet das

a) Kollektive Arbeit. Gegenüber der vereinzelten Erziehung in Familie und Leistungsschule, die die anderen Kinder untereinander zu potentiellen Gegnern und Konkurrenten macht, soll in der kollektiven Arbeitserziehung gerade das solidarische, organisierte Zusammenwirken der Kindergruppe verstärkt werden.

b) Schöpferische Initiative. Für proletarische Erziehung heißt das: Erziehung zu schöpferischer Initia-



Günter, 6 Jahre: ein Bonze, viele Arbeiter.

aber: Einführung des Kindes in seine Klassenfunktionen.“ So E. Hoernle (1923), auf dessen Theorien wir z. T. unser proletarisches Vorschulprogramm stützen.

Proletarische Erziehung ist nach den folgenden 3 Grundsätzen auszurichten:

ive innerhalb der Klassenbedingungen innerhalb des Kinderkollektivs. Der schöpferische Einfall ist dabei nicht bewundertes Phänomen, Sprachspiel, ästhetisches Objekt, sondern hat praktische Relevanz für das kollektive Handeln, wirkt situationsverändernd, bringt

das Kollektiv, die Arbeit weiter.

c) **Proletarischer Klassenkampf.** Klassenbewußtsein: Die Kinder müssen Röntgenaugen bekommen, d. h., sie müssen allen bürgerlichen Verschleierungsversuche zum Trotz soziale Ungerechtigkeit und Klassengegensätze erkennen. Kampf-erziehung: Die Aggressivität, die das Kind als Reaktion auf zahllose Konflikte als Notwendigkeit zum Überleben entwickelt hat, darf nicht gegen das Individuum selbst gelenkt werden, sondern muß zum kollektiven Angriff auf die Gesellschaftsverhältnisse verfügbar gemacht werden.

Die Formen, in denen die 3 Erziehungsziele in unserer Praxis verwirklicht werden, sind die Tätigkeiten Lernen, Arbeiten, Spielen, die das Tagesprogramm strukturieren.

LERNEN ist eine Ernstsituation, die dem Kind durch konsequentes Erzieherverhalten begreiflich gemacht wird. Hier werden ideologische Inhalte vermittelt und Schulvorbereitungen (jetzt: Schularbeiten) durchgeführt.

ARBEITEN, ebenfalls Ernstsituation, hat die Herstellung von Produkten zum Ziel, die die Kinder selbst wünschen (nicht entfremdete Arbeit). Sie fördert die Bewältigung schwieriger Arbeitsprozesse (Sägen, Bohren) und Überlegungen (Vorausplanen, Organisieren, Verwendungsmöglichkeiten suchen).

SPIELEN. Hier soll nach Vorschlägen von Seiten der Kinder, weniger des Erziehers, frei gespielt werden. Teils werden bei den Kindern beobachtete kollektivfördernde Spiele aufgegriffen, teils werden traditionelle Spiele in proletarische umgeschrieben. Oder es werden eigene Produkte aus der Arbeitsphase benutzt: Schiffe schwimmen, Drachen steigen gelassen. (Näheres vgl. unser demnächst erscheinendes Arbeitspapier.)

Die Brelohkinder wurden größtenteils in diesem Sommer eingeschult. Wir wollen unser Projekt als Schülerladen weiterführen, haben bisher aber weder ein umfassendes Konzept entwickelt noch passende Räume gefunden. (Hinweise auf günstige Räume erbeten!)

Kommilitonen und Genossen des Ausbildungssektors! Seminararisten aller Fachbereiche! Nutzt die Gelegenheit, in diesen neuen Projektabschnitt einzusteigen! Arbeit mit an der Entwicklung unserer Theorie und Praxis! Treffpunkt dienstags 19.30 Uhr, Baracke 5.

TRIMM DICH DURCH PRAXIS!

geglichen ist.

● Das BoGeStra-Defizit von 9 Mill. für 1971 führt nach Mitteilung von Direktor Hammer zu einer Liquidität nur bis zum Frühjahr; länger könne er die Preise nicht garantieren. Da schon die Essener Verk.-AG zum 1. 1. 72 die Preise um 30 Prozent erhöhen muß, gehen wir wohl auch in Bochum wieder roten Zeiten entgegen.

Und hier das Gemecker für diese BSZ:

● Frage: Warum ist die Tür in NA 03 Süd, die in der Woche vor Vorlesungsbeginn offen war und einen treppenärmeren Zugang zur neuen Mensa ermöglichte, jetzt wieder verschlossen und der Weg dahin statt dessen mit Hinweisen „Sackgasse“ geschmückt?

Zusatzfrage 1: Warum ist das Gebäude NA vom Fußgängerbereich aus nur durch Fenster oder über



zeitraubende Wendeltreppen erreichbar?

Spezialfrage dazu: Mit welcher Kombination läßt sich das Zahlenschloß am Korridorfenster am Südwestende von NA 03 öffnen. (Die Methode, durch verschließen der Fenster die Leute zum Leistungssport zu zwingen, ist immerhin interessant.)

Vergallgemeinerung zur Zusatzfrage 1: Warum ist die RUB so Fußgängerfeindlich, so voller Ecken und Wendeltreppen gebaut?

Zusatzfrage 2: Wie lauten Namen und Anschrift der genialen Architekten, die diese Uni verbrochen haben? (Als Ausgleichssport empfiehlt es sich, ihnen ein paar Ziegelsteine durchs Fenster zu werfen).

Für Beantwortung schon einer Frage wäre ich Euch recht dankbar. Georg Ferber

● Stimmt es, daß für die Gebäude nahen Parkplätze noch die Parkausweise gelten, oder sind diese Privilegierungen schon abgeschafft worden?

● Warum gibt es in der Bierklausur kein Malzbier und keine alkoholischen Getränke?

● Durch das Selbst-Zusammenstellen des Essens im Kleinen Saal erhöht sich der Preis von 2,— DM auf 2,50 DM. Müssen solche Preiserhöhungen sein?

Wenn Euch irgendwas nicht paßt, schreibt's in die Meckerecke! (ASTA und BSZ — im Hause — Baracke 1; Telefon 71 - 24 16).

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN



Kleinstlinen
angenehm zu tragen
unsichtbar · unzerbrechlich

BRILLEN **Hagemann**
SÜDRING 20

Nur noch Alkoholkonsum?

Wehmütig erinnert man sich daran, als was der Rub Pub ursprünglich konzipiert war: Den Mangel an sozialen Begegnungsmöglichkeiten aufzuheben, den unbefriedigten Geschlechtstrieb zu befriedigen, Kneipe oder Kleiderkammer und Profite, Aufhebung der Frustration, Vereinsamung des sexuellen Verzichtes ... (BSZ Nr. 71).

Doch was ist daraus geworden? Eine Kommunikationsstätte zwar — aber nur für eine kleine, ziemlich konstant bleibende Gruppe der Studentenschaft.

Dabei ist nicht anzunehmen, daß nur diese kleine Clique im Rub Pub ihre Frustration zu ertränken versuchen kann; aber ziemlich viele Studentinnen und Studenten gehen nicht mehr in den Rub Pub:

- weil immer nur dieselben Leute da sind
- weil man dort keine(n) kennenlernen kann
- weil die meisten doch nur zum Saufen in den Rub Pub kommen
- weil überhaupt nicht mehr getanzt wird ...

In einem stimmen diese Antworten überein: das jetzige Rub Pub Publikum scheint sich mit seiner In-Group-Stellung abzufinden und kapselt sich anderen gegenüber ziemlich ab; eine(r) der 3800 Studienanfänger kann daher (alleine) im Rub Pub keinen Kontakt mehr finden.

Das ganze könnte ja noch akzeptiert werden, wenn wenigstens die Stamm-Clique nicht frustriert wäre — doch dagegen spricht schon allein deren Alkoholkonsum.

Es ist natürlich illusionär zu glauben, nur mit technischen Tips die individuelle Isolation und Frustration überwinden zu helfen, aber sie können zumindest ein Anreiz sein:

● Geht doch um Himmels willen bloß alle in den Rub Pub (hinter der alten Mensa, ohne Ruhetag von 19 bis 1 Uhr)



● quatscht ruhig jeden an, der dort herumläuft, es wartet schließlich jeder darauf oder hat zumindest nichts dagegen

● und unterhält euch ruhig über alles mögliche — es ist auf jeden Fall besser als weiterhin wie Beton zu schweigen

● Ihr werdet sehen: der Alkoholkonsum nimmt ab und die Tanzmöglichkeiten zu.

Personalkürzungen im Studienbüro?

Das Studienbüro ist die einzige von der Universität unterhaltene soziale Einrichtung, die sich eingehend und sachlich um die Schwierigkeiten derjenigen Studierenden kümmert, die in dieser Gesellschaft — d. h. in dieser Universität — kaputtgemacht werden.

Frl. Dipl.-Psych. Ingeborg Jöhrens — der Leiterin eben dieses Studienbüros — droht jetzt die Kündigung: ihre Stelle wurde nicht über das Jahresende 71 hinaus verlängert. Frl. Jöhrens wurde von der Mitarbeiterkonferenz des Studienbüros für 2 Jahre zur Leiterin gewählt, sie besitzt das Vertrauen ihrer Mitarbeiter.

Geht es der Hochschulbürokratie im Studienbüro zu demokratisch zu: Soll dem Studienbüro in Zukunft jede Möglichkeit genommen werden, den Hilfesuchenden die Augen zu öffnen über die gesellschaftlichen Ursachen ihrer despa-

rateten Lage?

Soll es nach dem Willen der Kultusbürokratie endgültig und gründlich zu einer technokratischen Student-Lenkungs-Maschine („Eignungsberatung“) umfunktioniert werden?

Wir müssen die weitere Entwicklung der Dinge im Studienbüro genau beobachten und hart reagieren, falls — wie üblich — eine halbwegs nützliche Einrichtung der Universität auf dem kalten Wege ausgeputzt werden soll.

Fortsetzung des ELENDS

Affront gegen die gesamte Studentenschaft des Landes. Besonders verheerend stellt sich die Situation für die Erstsemester dar, für die der 2. November als Vorlesungsbeginn festgesetzt wurde und die zum Teil erst jetzt am Hochschulort anreisen. Sie haben kaum noch Aussicht, ein Zimmer zu finden und sehen die Möglichkeit des Arbeitsbeginns in Frage gestellt. Örtliche Maßnahmen können hier zwar zum Teil Verbesserung schaffen; mehr und mehr zeigt sich jedoch die Not-

wendigkeit einer Diskussion und Erörterung von Lösungsmöglichkeiten der Wohnungsmisere auf zentraler Ebene.

Hierzu scheint das Wissenschaftsministerium jedoch nicht bereit, da abgesehen von einigen informellen Hinweisen, keine Stellungnahme bisher abgegeben wurde. Antworten auf zahlreiche Schreiben stehen nach wie vor aus.

Da einerseits die Errichtung von Barackendörfern sicher frühestens

in einem Jahr abgeschlossen sein kann und andererseits noch nicht sichergestellt ist, ob sie überhaupt realisiert werden kann, versucht der AstA gemeinsam mit dem Studentenwerk, kurzfristige Lösungsmöglichkeiten zur sofortigen Beschaffung von Wohnraum zu finden.

So werden — falls die Heimbewohner sich solidarisch zeigen — in den staatlichen Studentenheim I und II einige der Gemeinschaftsräume zu weiteren Wohnplätzen ausgebaut, zumindest für eine Übergangszeit.

Des weiteren haben wir die Universität in einem Brief an den Kanzler aufgefordert, zur Zeit noch nicht genutzte Universitätsräume vorübergehend zur Verfügung zu stellen, damit dort für Notfälle wenigstens für einige Nächte ein Schlafplatz geschaffen werden kann.

Hausbesprechung?

Zur Zeit ist der AstA auf der Suche nach leerstehenden Häusern. Eine dringende Bitte an Euch: **Hört Euch nach leerstehenden Häusern um!!!** Meldet solche Häuser umgehend dem AstA!!!

Um gemeinsam weitere Maßnahmen und Aktionen zu beschließen, führen wir am Donnerstag, 12. November, eine Vollversammlung aller Wohngefährdeten und Zimmersuchenden durch.

B S Z

Herausgeber und Vorleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, Reinhard Greeven (SHB), Bernd Bekemeyer (SAG), Renate Zimmermann-Eisel (SHB), Hannes Sänger (SAG), Eva Adameit (SHB). Redaktion: Bernd Holzrichter (REF), Harald Jung (SAG), Erich Eisel (SHB). Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 60, Auflage 10.000 Exemplare. Anzeigenleitung: s. Redaktion. Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16. Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 60, Tel. 70 18 55 u. 71 24 16.

Aficker-Ecke

Die Klärung der Fragen aus der letzten BSZ:

● Zwischen IA und MA wird der Bau der zentralen Einrichtungen (UB, Verwaltung) und von Belüftungsanlagen vorangetrieben. Die Straße wird nie mehr befahrbar sein; ein Fußgängerweg bleibt jedoch. Die Süd-Straße hinter den N-Geb. wird ca. in 1 Jahr eröffnet.

● Der AstA bemüht sich um die Aufstellung zusätzlicher Tische; der kommerzielle Handel soll jedoch gegenüber den linken Büchertischen eingeschränkt werden.

● Gebäckpreise wurden z. T. schon gesenkt. Mit weiteren Preisnachlässen ist zu Beginn 72 zu rechnen, wenn ein wegen hoher Personalkosten entstandenes Minus aus-

STUDIENKREIS FILM

Filmclub an der RUB

Donnerstag, 4. November

Sergej Eisenstein: IVAN DER SCHRECKLICHE, UdSSR 1943 — 1948
Nur 18 Uhr: Teil I Nur 20.30 Uhr: Teil II — Schwarzweiß und Farbe
Musik: Sergej Prokofjew. — Die IVAN-Geschichte ereignete sich im elisabethanischen Zeitalter und zeigt den Kampf Iwans IV. um die Einheit Rußlands, Kampf gegen korrupte und reaktionäre Adels- und Priestercliquen, gegen Feinde innerhalb der Dynastie, und gegen eigene Unentschlossenheit. Eisensteins Königsdrama zeigt über den historisch-biographischen Stoff hinaus eine ganze Strategie-Lehre, ein politisch-praktisches Organon.

Mittwoch, 10. November

Tonio Valerii: DER TOD RITT DIENSTAGS, Italien u. BRD 1968
Alternder Pistolenheld weist jüngeren in die Regeln des Tötens ein; wird von diesem dann — nach Loyalitätskonflikt — getötet. — Mit Giuliano Gemma, Lee von Cleef.

+ Lavrador Lavra dor, Brasilien 1963

Donnerstag, 11. November

George Moore: LENZ, BRD 1971
„ICH SAH DIE BESTEN UNSERER GENERATION IN DEN WAHNSINN GETRIEBEN“ (Ginsberg). LENZ handelt über die Entfremdung, über das Zugrundegehen eines einzelnen Klarsichtigen an der blind sich selbst entfremdenden Gesellschaft.

+ Wolfgang Ebert: PEACE NOW, BRD 1971

Donnerstag, 18. November

Kerry Feltham: DER GROSSE CHICAGO-VERSCHWÖRER-ZIRKUS, Kanada 1970. — Nach den Chicago-Prozessen gegen Bobby Seale und seine Genossen — die Akkumulation von Rechtsbeugungen und willentlichen Fehlinterpretationen seitens des Gerichts. Ein grausamer Spaß, dem ohnmächtigen Gelächter des Publikums in die Fresse gestopft.

+ Rainer Boldt: MASTER COPY, BRD 1970. — Super-8-Film auf 35 mm Cinemascope aufgeblasen.

JEWELS UM 18 UND 20.30 UHR IN HZO 20 (Hörsaalzentrum Ost, Saal 20, Signaturfarbe des Hörsaals: Blau (Eingang unten links)).

Club Liberitas

BOCHUM - NORDRING 65 - TELEFON 16735

	Nicht-mitgl.	Stud.
Sa., 6. 11. 71 HANNES WADER, Berlin		
20.00 Uhr Eigene Chansons, Untermieterlieder	6,—	4,—
Sa., 13. 11. 71 CLAUDI'S SOUL FOUR, Düsseldorf		
20.00 Uhr Pop Jazz, Rhythm & Blues	4,—	2,50
Do., 18. 11. 71 FRANZ JOSEF DEGENHARDT		
20.00 Uhr Ruhrland-Halle Bochum	5,—	5,—
Vorverkauf: Club Liberitas, Verkehrsverein am Hbf., Kunst- u. Bücherscheune an der Universität	Mitgl.	5,—
Sa., 20. 11. 71 MICHAL URBANIAK GROUP, Warschau		
20.00 Uhr featuring Ursula Dudziak	5,—	3,—
Modern Jazz		

Mittwochs von 17.00 bis 19.00 Uhr KOSTENLOSE BERATUNG FÜR WEHRUNWILLIGE

Der Club Liberitas ist täglich ab 19.00 Uhr für jedermann geöffnet.

IM RUB PUB

(hinter der alten Mensa)

5. November 1971

FEYQUARTETT

12. November 1971

GREENLIGHT-SOUNDS

19. November 1971

ZERO ZOOM

26. November 1971

CLAUDIE'S SOUL FOUR

EINTRITT IMMER FREI

Beginn: Jeweils 20.00 Uhr